Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

20.2.1892 (No. 41)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.
Bestellungen werden jederzeit angenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 41. Samstag, den 20. Februar 1892.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin,** 17. Februar.

Heute hielt der Reichstag zwei Sitzungen ab, weil man so unvorsichtig gewesen war, als ersten Gegenstand der Tagesordnung die Abstimmung über den Antrag von Bar wegen reichsgesetzlicher Regelung des Auslieferungswesens zu wählen. Die Abstimmung hatte schon einmal das Unglück gehabt, wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses nicht zu Stande zu kommen; dennoch stand sie auch später wieder auf der Tagesordnung, aber man verschob sie, weil sich abermals die Beschlußunfähigkeit ergeben haben würde. Und heute, wo man wegen der Debatten und Abstimmung in Betreff der Soldatenmißhandlungen ein anständig besuchtes Haus zu haben hoffte, ergab die Abstimmung über den Antrag aber, die vorwegen als erster Punkt auf dem Speisezettel stand, wiederum die Beschlußunfähigkeit. Die Ueberweisung des Antrages (Resolution) an eine Kommission wurde gegen die Stimmen der gesammten Linken abgelehnt. Obschon nun bei der Abstimmung über die Resolution selbst die Parteien genau wie vorher stimmten, erklärte das Bureau das Ergebniß für zweifelhaft. Der Hammelsprung ergab nun aber, daß 98 für die Resolution (also vorher auch für die Kommissionsberathung) und 97 dagegen gestimmt hatten. Da an der beschlußfähigen Anzahl 4 fehlten, wurde die Sitzung abgebrochen und eine neue auf 2 Uhr anberaumt, die fatale Abstimmung aber nicht wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Und doch wäre der Augenblick günstig gewesen, denn in der Zwischenzeit hatten sich nicht nur die fehlenden 4, sondern noch einige darüber eingefunden. Man hatte für die neue Sitzung nur die Fortsetzung der Debatte über den Militäretat.

Zuerst sprach hierbei der Abg. v. Kardorff (Reichsp.), der gegen die Socialdemokraten und gegen den Abg. Haußmann polemisirte, zum guten Theil die Ausführungen des Reichskanzlers wiederholte, das Duellunwesen in der Armee bestritt, aber die Soldatenmißhandlungen verurtheilte und Abhilfe forderte, deshalb die Resolution der Budgetkommission empfahl, diese aber für seine Partei als unannehmbar bezeichnete, wenn der Unterantrag von Gagern angenommen werde.

Abg. Dr. v. Marquardsen (nat.-lib.) führte aus, daß die bayerischen Kammern nicht verlangt hätten, die bayerische Einrichtung solle unbesehen auf das Reich übernommen werden. Man habe nur verlangt, daß die bewährten Grundprinzipien festgehalten würden. Zu diesen gehöre die Oeffentlichkeit, obgleich der Abg. Gröber gerade in dieser Beziehung der bayerischen Einrichtung den Prozeß gemacht habe. Früher habe Gröber mit Windthorst die Vorzüge des bayerischen Verfahrens ausdrücklich anerkannt und Reichensperger habe das preußische Verfahren als den schriftlichen Inquisitionsprozeß charakterisirt, der von der öffentlichen Meinung aller Völker verurtheilt werde. Mit der großen liberalen Partei habe der Antrag Buhl-Richter nichts zu thun. Den Zusatzantrag der bayerischen Centrumsmitglieder zu dem Kommissionsantrage verstehe er nicht recht. Der Kommissionsantrag genüge ihm nicht, weil wir damit nicht zu einer einheitlichen Regelung für ganz Deutschland kommen würden. Man möge den Antrag Buhl-Richter annehmen und sich nicht durch die Zustimmung der Socialdemokraten abschrecken lassen. Habe denn der Reichskanzler etwas dagegen gehabt, daß diese für die Handelsverträge stimmten? Die Socialdemokratie bekämpfe man am besten, indem man die Gründe zu berechtigter Unzufriedenheit vermindere.

Abg. v. Koscielski erklärte sich für die Resolution der Kommission, nicht nur, weil er das noli me tangere der Disciplin anerkenne, sondern besonders auch, weil sie die Pflege des religiösen Sinnes fordere. Unter den Mißhandlungen rc. habe vor allem der polnische Rekrut zu leiden. Hoffentlich werde das jetzt anders werden. Die Anklagen gegen die Offiziere seien unberechtigt.

Der freisinnige Abg. v. Bar trat für die Resolution Buhl-Richter ein. Sogar Rußland habe das öffentliche und mündliche Militärstrafverfahren eingeführt. Es handle sich ja auch nicht immer um Fälle, bei denen nur Militärpersonen in Frage kommen, man habe auch von auffallenden Urtheilen gegen Civilpersonen gehört. Er überlasse das Urtheil, was von dem Antrage Buhl-Richter und was von dem der Kommission zu halten sei, ruhig dem deutschen Volke.

Nachdem noch der Abg. Dr. Hahn (kons.) für die Resolution der Kommission mit dem Antrage v. Gagern gesprochen und namentlich Punkt 3 (Pflege des religiösen Sinnes) vertheidigt hatte, begründete Abg. Dr. Schädler den von ihm mitunterzeichneten Antrag v. Gagern. In der bayerischen Kammer habe es sich nicht um die Soldatenmißhandlungen gehandelt; die Veranlassung zu den Verhandlungen sei vielmehr die Nachricht gewesen, daß die bewährten Grundsätze des bayerischen Militärstrafverfahrens nicht gewahrt werden sollten. Die Bayern wollten das ihrige behalten, aber verkännten nicht die Schwierigkeiten, welche der allgemeinen Einführung der bayerischen Einrichtung entgegenständen. Sie wollten ihre Einrichtung nicht aufdrängen. Werde aber der Antrag v. Gagern nicht angenommen, so würden die Bayern für Punkt 1 und 2 der Kommission nicht stimmen können, sondern für den Antrag Buhl-Richter stimmen müssen. Dagegen würden sie Punkt 3 des Kommissionsantrags beitreten.

Gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen wurde hierauf die Diskussion geschlossen.

In einer Bemerkung zur Geschäftsordnung erklärte Abg. Bebel: Sie haben mich zwar heute mundtodt gemacht, geschenkt wird Ihnen aber nichts.

In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag v. Gagern mit 140 gegen 109 Stimmen abgelehnt; dagegen stimmten Socialdemokraten, Volkspartei, Freisinnige, Nationalliberale, Reichspartei und „Welfen".

Der Zusatzantrag Richter (Duellunwesen) wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt.

Im Wege des „Hammelsprungs" wurde weiter Absatz 1 des Antrags Buhl-Richter (Beschwerdepflicht) mit 122 gegen 120 Stimmen (Centrum und Rechte gegen die gesammte Linke) abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wurde Absatz 2 dieses Antrages (Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Ständigkeit der Gerichte) mit 148 Stimmen gegen 100 angenommen.

Dafür stimmten außer der Linken auch die bayerischen Centrumsmitglieder und die „Welfen".

Der Punkt 1 des Kommissionsantrages war damit erledigt.

Punkt 2 (Revision des Beschwerderechts) fand Annahme mit allen Stimmen gegen die einiger Konservativen.

Punkt 3 (Pflege des religiösen Sinnes) wurde durch eine aus der gesammten Linken und den „Welfen" bestehende Mehrheit abgelehnt.

Endlich wurde noch die Resolution der Kommission wegen Veröffentlichung einer Statistik über die bei den Militärgerichten verhandelten Strafsachen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Morgen wird die Berathung des Militäretats fortgesetzt.

Berlin, 18. Februar.

Der Reichstag berieth den Militäretat weiter. Der Antrag der Kommission, nach welchem von Titel „Geldverpflegung 795,345 M." 55,377 M. abgesetzt werden, wurde angenommen. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über die Betheiligung der Militärhandwerker und die Heranziehung der Strafanstalten zur Beschaffung der Bedürfnisse der Militärverwaltung.

Deutschland.

Berlin, 18. Februar.

Zum Essen beim Reichskanzler erschien der Kaiser in Husarenuniform punkt 6 Uhr mit dem Prinzen Heinrich. Eingeladen waren besonders Mitglieder der Volksschulgesetzkommission, ferner die Minister v. Bötticher, Miquel, Herrfurth, v. Berlepsch, v. Schelling, v. Heyden, v. Zedlitz; auch die früheren Minister Lucius und Maybach waren zugegen. Die Unterhaltung war bereits bei Tisch sehr lebhaft. Nach der Tafel unterhielt der Kaiser sich zunächst stehend mit den Herren Clairon d'Haussonville und v. Huene. Nachdem er sodann den zu 8 Uhr bestellten Wagen fortgeschickt, ließ der Kaiser auf dem Sopha zwischen Herrn v. Koeller und Graf Douglas sich nieder. Die Unterhaltung berührte die verschiedensten Gegenstände, jedoch kein politisches Thema; insbesondere war vom Volksschulgesetz gar nicht die Rede. Erst nach Mitternacht brach der Kaiser auf.

— In einer Gesammtsitzung des Reichspostamtes theilte Staatssekretär v. Stephan mit, daß der Voranschlag des Finanzergebnisses des laufenden Etatsjahres nicht erreicht worden sei. Die Einnahmen ergaben bis Ende November einen Ueberschuß von M. 4,720,000, d. h. um M. 1,576,000 weniger als im Vorjahre. Als Ursache nannte er die Nachwirkungen der Arbeiterausstände, die Vorgänge an der Börse, die politischen Wirren, besonders aber die amerikanische Zollgesetzgebung.

— Nach der „Voss. Ztg." befinden sich die Verhandlungen des Ministeriums mit den Reichsunmittelbaren noch in der Schwebe, erst in den letzten Tagen seien die Verhandlungen auf Grund von Regierungsvorschlägen wieder lebhaft in Fluß gekommen.

— Die deutschen Schifffahrtsinteressenten beschlossen in ihrer heutigen Versammlung, die deutschen Kanalvereine zur geschlossenen Betheiligung am Pariser internationalen Binnenschifffahrtskongreß aufzufordern, die Schiffsbauanstalten und Schifffahrtsgesellschaften um Einsendung von Modellen deutscher Strom- und Kanalfahrzeuge für die Pariser Ausstellung zu ersuchen und ein für den Kongreß eingesetztes deutsches Komitee mit der Ausführung dieser Beschlüsse zu betrauen.

— Wo bleibt das Sinken der Brodpreise? Die „Kreuzzeitung" schreibt: „Die liberale „Presse" hat auf Grund sorgfältiger Berechnungen den Nachweis geführt, daß die Herabsetzung der Getreidezölle schon jetzt in den niedrigeren Getreidepreisen voll zur Erscheinung kommt. Wir nehmen diesen Beweis bereitwillig als erbracht an; bestätigt derselbe doch nur, daß unsere Parteigenossen sich durchaus im Recht befunden haben, als sie behaupteten, die Handelsverträge würden der deutschen Landwirthschaft schwere Nachtheile zufügen. Dagegen vermissen wir den weiteren Nachweis, daß auch die Brodpreise entsprechend gesunken und somit die Vortheile für den kleinen Mann eingetreten seien, welche die Freunde der Handelsverträge diesem in Aussicht gestellt haben." Wir haben dieser Feststellung einer notorischen Thatsache nichts hinzuzufügen.

Hamburg, 18. Febr. In New-York haben russische Auswanderer den Hunger-Typhus eingeschleppt. Die englischen Schiffe wollen deßhalb Auswanderer nicht mehr befördern, um der Quarantaine auszuweichen.

Köln, 18. Febr. In Sachen des früheren Landtagsabgeordneten, Rechtsanwalt Julius Bachem hier, hat das Ehrengericht der Anwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Köln das nunmehr bereits rechtskräftige Urtheil gefällt, Herr Bachem sei von der Anklage, „die ihm als Rechtsanwalt obliegende Pflicht verletzt zu haben, wonach er sich durch sein Verhalten außerhalb seines Berufes der Achtung, die derselbe erfordert, würdig zu zeigen gehalten ist", freizusprechen. Das Ehrengericht gewann auf Grund eingehender eidlicher Vernehmungen die Ueberzeugung, daß die schwersten gegen den Angeklagten erhobenen Vorwürfe auf Unwahrheit und Verleumdung beruhen; er sei weit über seine Schuld hinaus geschmäht worden und habe durch die von ihm veröffentlichte Erklärung, die Niederlegung seiner Ehrenämter und durch sein ganzes Verhalten seine Schuld vollauf gesühnt.

Ausland.

Wien, 18. Febr. Polnischen Blättern zufolge steht demnächst die Ernennung des Erzbischofs v. Stablewski zum Kardinal bevor.

Lyon, 18. Febr. Die Union der Volksvereine fordert alle Arbeiter Frankreichs auf, am 6. März zu den Vertretern der öffentlichen Gewalten sich zu begeben und die sofortige Aufhebung der Zölle auf Nahrungsmittel zu verlangen.

Brüssel, 17. Febr. Die Sektionen nahmen das Referendum unter dem formellen Vorbehalt an, daß die heutige Annahme eine spätere Verwerfung durch dieselben Abgeordneten nicht präjudicire.

Petersburg, 18. Febr. Das unter Vorsitz des Großfürsten-Thronfolgers bestehende Hilfskomitee hat nach dem neuesten von ihm veröffentlichten Berichte den verschiedenen Nothstandsgouvernements gegen 1½ Millionen Rubel in baar und über 800,000 Pud an Korn überwiesen.

Rom, 18. Febr. In der Kammer theilt Nicotera mit, es seien nur noch 2000 Arbeiter ohne Arbeit in Rom; auch für diese sei bis spätestens am 15. März Arbeit geschafft.

Die Vertreter der Arbeitervereine nahmen in der gestrigen Versammlung eine Tagesordnung an, in welcher das entschiedenste Mißtrauen gegen die schönen Verheißungen der Regierung, bezüglich Besserung des Arbeiterlooses ausgedrückt und für morgen ein allgemeiner Arbeiterausstand angekündigt wird. Der Kutscherverein erklärt, den Ausstand nicht zu billigen.

Kardinal Gaspard Mermillod wurde mit den Sterbesakramenten versehen. Der Kardinal steht im 68. Jahre.

Lissabon, 18. Febr. Die Deputirtenkammer nahm die Vorschläge der Regierung, betreffend die Erhöhung der Steuern und die Herstellung einer Verständigung mit den ausländischen Gläubigern, endgiltig an. Die Berathung in der Pairskammer soll am Montag stattfinden.

Gestern fand ein Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Arbeitern im Marinearsenale statt, welche eine Lohnerhöhung forderten; elf Arbeiter wurden verhaftet.

Washington, 18. Febr. Die Demokraten beantragten die Berathung der freien Silberprägungsbill erst im nächsten Kongreß vorzunehmen, was der Ablehnung der Bill gleich käme. Die Demokraten hoffen, den Antrag durchzubringen.

Pernambuco, (Brasilien), 17. Febr. In Ceara sind Unruhen ausgebrochen. Die Bevölkerung hat den Gouverneur der Provinz verjagt.

Baden.

Karlsruhe, 18. Febr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 11. Februar d. J. gnädigst geruht, dem Privatdozenten der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg, Dr. Hugo Münsterberg, den Charakter als außerordentlicher Professor zu verleihen, den Oberförster Karl Gockel in Hardheim auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste auf 1. März d. J. in den Ruhestand zu versetzen; ferner den Forstassistenten Georg Bauer von Wertheim zum Oberförster in Hardheim zu ernennen; sowie dem Oberkirchenrathssekretär Franz Xaver Rothermel von Villingen, unter Ernennung desselben zum Geistlichen Verwalter, die Vorstandsstelle bei der Evangelischen Stiftschaffnei Sinsheim zu übertragen und den Finanzpraktikanten Emil Welker von Eberbach zum Sekretär bei dem Evangelischen Oberkirchenrath zu ernennen.

Im Sturme geläutert.

Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Und Ihr Geld?"

„Das habe ich wieder bekommen; und dabei sah ich auf das Mädchen, zu welchem mich Leterf in Beziehungen brachte: ein braves unschuldiges Kind, das noch keinen unreinen Gedanken gehabt hat. Diese Rache paßt ganz in den Rahmen eines Protzen. Was gilt Ehre und guter Name einer solchen [illegible] gegenüber!"

„Und warum sollte er das nicht? Er hat mehr als das Doppelte dessen bezahlen müssen, was er ohne Ihre Dazwischenkunft bezahlt haben würde, und das ärgert ihn. Darum rächt er sich. Eine Verantwortlichkeit hat er nicht zu fürchten, wenn er schlau ist. Er ist schlau; er läßt seine Steine von einer Person werfen, die Sie nicht angreifen, weil Sie sich die Hände zu beschmutzen fürchten."

„Es gibt höhere Motive als Franken!" meinte der Advokat. „Aber ... Sie sprachen vorhin von den sicheren Quellen aus den Provinzen, welche Sie hätten ... Haben Sie vielleicht Nachrichten aus der Vendée?"

„Wie meinen Sie das?" antwortete Svenson betreten.

„Ich meinte," bemerkte der Advokat zögernd, „wegen der jungen Dame, die wir damals fortschafften ..."

„Ah wegen Madelon Fleurant," erwiderte Svenson. „Nun, das ist eigentlich weniger eine Dame, sie ist mehr ein Landmädchen. Ihre Jugend hat sie allerdings in Ancenis zugebracht, so sagte sie mir; aber seit dem Tode ihrer Eltern wohnt sie bei ihrem Oheim und Vormund Stofflet großentheils auf dem Lande; etwas Weiteres weiß ich nicht von ihr."

„Die paar Stunden, die ich mit ihr zubrachte, gehören zu den glücklichsten meines Lebens," sagte der Advokat, dessen Gesicht glühte.

Er sprang auf und ging mit großen Schritten in seinem Bureau hin und her, während Svenson ruhig eine Cigarre nahm und in Brand setzte.

„Ich weiß heute noch nicht, was mich zu ihr hinzog, ich war erstaunt von den großen Ideen, welche dies Mädchen mit einer Naivität sonder Gleichen aussprach. Da trug jedes Wort den Stempel eines unbewußten Seelenadels ..."

Svenson zuckte die Achseln.

„Sie meinen, ich schwärme!" sagte Armand etwas gereizt.

„Nein, das meine ich nicht," erwiderte Svenson ruhig. „Ich meine, daß das bei einem Mädchen, wie Madelon, natürlich sei. Bedenken Sie doch die Atmosphäre, welche die Damen in Paris einzuathmen gezwungen sind. Ich glaubte vorhin, Sie sprächen von den politischen Zuständen der Vendée."

„Ach, was liegt mir daran!"

„Daran liegt Ihnen nichts? Merkwürdig! Sie sind interessant genug. Ich weiß, daß es dort lebhaft gährt. Ich möchte trotz der friedlichen Tendenzen des Königs den Ausbruch eines Bürgerkrieges nicht für unmöglich halten."

„Und welche Gefahr läuft sie dann! O, sie ist kühn, Gustav, sie glüht in der reinsten Begeisterung ..."

„Ja gewiß ... was ein Weib unter solchem Umstande thun kann ..."

„Ihr Oheim wird bei den Führern sein, und sie ... Svenson, das ist gefährlich ... wissen Sie kein Mittel ihr beizukommen, sie zu warnen? ... Sie kennt die Natur unserer gegenwärtigen Machthaber ... da will ich lieber das Lamm dem Wolfe anvertrauen ..."

Svenson schaute seinen um vieles jüngeren Freund mit offenem Munde an. Solches war unerhört! Was war da mit seinem Freunde vorgegangen.

„Ah so!" sagte der Norweger endlich verständnißvoll; „das hätte ich mir schon neulich denken können! Nun ich habe eben gerade nichts zu versäumen; so will ich mich gleich an's Werk machen, einen Weg zu entdecken, auf welchem Sie Ihre Warnungen ihr zukommen lassen können ... vorausgesetzt daß ..."

„Nun?"

„Daß Ihre Absichten ehrlich sind."

Flammenden Blickes blieb der Advokat vor dem Norweger stehen.

„Mit einem zweiten derartigen Worte schreiben Sie unserer Freundschaft den Scheidebrief."

„Ich weiß, Armand, daß die Pariser Ansichten über das Verhältniß der Geschlechter ..."

„Ah," rief der Advokat, mit einem verlegenen Lächeln zurücktretend. „Sie meinen, ich sei verliebt?"

„So ungefähr!"

„Nein, Gustav," erwiderte der Advokat. „Ich meine, daß jeder sinnliche Gedanke die Reinheit dieses Gemüthes trüben müsse. Diese Madelon kann mir ein Engel sein, aber nicht mein Weib."

„Das ist recht, Armand! Ich gehe, auf Wiedersehen heute Abend."

„Im Café d'Orsay!"

Der Norweger ging, und während er die Treppe hinunterstieg murmelte er in den Bart: „Genau so hat's auch bei mir angefangen. Dann hat der Engel allmälig die Federn seiner Flügel verloren, und ist mein Weib geworden. Und es ist ganz gut so!"

Der Advokat ging noch lange in seinem Zimmer auf und nieder. „Etwas Wahres," sprach er für sich, „liegt in seinen Worten. Die Weltgeschichte treibt da eine furchtbare Logik. Die Tyrannei begann mit dem Versuche die Volksreligion zu knechten; als das fehlschlug, machte sie dieselbe zum Gespötte; das gelang ihr besser; nun sehe ich die Menschen um mich her allmälig zu Bestien werden, und die Einzigen, die sich diesem Zuge der Zeit entgegenstemmen, sind Leute, welche ihren Glauben bewahrt haben .... Madelon! Welch' Engelsbild auf diesem Hintergrunde von Blut und Schmutz!"

XI.

Bei den Clarissinnen zu Montmartre.

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, eine Geschichte der französischen Revolution zu schreiben; wir streifen dieselbe lediglich, soweit die damaligen Ereignisse in das Leben derjenigen Personen eingreifen, an deren Schicksalen wir die Theilnahme unserer Leser zu wecken versuchten. So genügt es denn hier mitzutheilen, daß während der wenigen Tage der Abwesenheit des Königs der Advokat Robespierre, der damals in der Nationalversammlung eine hervorragende Rolle zu spielen begann, den Antrag auf Abschaffung der Monarchie stellte. Es gelang ihm jedoch nicht für den Antrag die Mehrheit zu gewinnen.

Nur die Suspension des Königs durchzusetzen gelang ihm. Ueberdem wurde der König in die Tuilerien verbracht, und diese unter Bewachung gestellt. Der König genoß nur anscheinend innerhalb des Königspalastes seine Freiheit, thatsächlich war er verhaftet und was weiter geschehen würde, war ganz unabsehbar; denn von Tag zu Tag wurde das Auftreten der Revolutionsmänner kühner. In den Klubs dachte man an nichts Anderes, als an die gewaltsame Durchführung des von der Nationalversammlung abgelehnten Antrags auf Proklamirung der Republik.

Bereits bezeichnete man in den engsten Kreisen die Waffenlager, die erstürmt, die Barrikaden, die erbaut werden sollten; man bemaß die muthmaßliche Zahl der in Betracht kommenden Streiter, man theilte die Rollen aus und gegen Mitte Juli wartete man nur noch auf einen Anlaß, mittels dessen die Massen in Flammen gesetzt werden konnten; alles war fertig. Hätte der König nochmals eine Flucht versucht, lebendig wäre er nicht mehr nach Paris gekommen.

Von diesen zum Sturze des Königthums bereits weit gediehenen Maßregeln hatte man in den Tuilerien keine Ahnung. Man wußte nur, daß die Sprache in den Klubs immer wüster, immer aufreizender wurde, und hegte die unbestimmte Besorgniß, daß das über kurz oder lang zu einer Explosion führen müsse. Daß aber die Aufregung zu diesem Behufe gerade aufgestachelt wurde, daran dachte man nicht.

Auch in der Provinz hatten sich die Nachrichten der jüngsten Vorfälle verbreitet; dieselben hatten auf dem Wege dahin noch mancherlei Zuthaten empfangen. Man hatte sich nicht begnügt, die Insulten zu schildern, denen der König ausgesetzt, man erzählte noch viel mehr, und über die Haft in den Tuilerien gingen Gerüchte um, welche an die seit Ludwig XV. verwaisten Kerker der Bastille erinnerten. Der Eindruck, welchen diese Gerüchte hervorbrachten, war ein sehr verschiedener. In den mehr republikanisch gesinnten Gegenden wünschte man, daß man in Paris mit dem doch nur noch künstlich vegetirenden Scheinkönigthum ein Ende mache und offen die Republik proklamire; man konnte dort überhaupt nicht verstehen, warum man den König zurückgeholt, statt ihm Relaispferde bis über die Grenze bereit zu stellen.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben Sich unter dem 5. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Pastor Berthold Adolf **Rabbow** zu Benz auf Usedom das Ritterkreuz 1. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Karlsruhe, 18. Febr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog besuchte heute Vormittag mit Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar und Ihrer Hoheit der Prinzessin Olga die Landesgewerbehalle und hernach die Sammlungen im Sammlungsgebäude unter Führung des Geheimen Hofrathes Dr. Wagner. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin besuchte mit Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Auguste von Sachsen-Weimar verschiedene Wohlthätigkeitsanstalten. Um 1 Uhr nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Meldung des Generallieutenants Frhrn. v. Schleinitz, Kommandeur der 29. Division, bisher Kommandeur der 28. Kavallerie-Brigade entgegen. Nachmittags begaben Sich die Höchsten Herrschaften mit den Sachsen-Weimarischen Herrschaften in die Kunstgewerbeschule und besichtigten dieselbe unter Führung des Direktors Geh. Hofrath Wagner. Hierauf hörte der Großherzog die Vorträge des Geheimerraths v. Regenauer und des Legationsrathes Dr. Frhrn. v. Babo. Abends folgt Seine Königliche Hoheit der Einladung des Königlich Preußischen Gesandten, Geheimerath v. Eisendecher, zum Ball, welcher im großen Saale der Museumsgesellschaft stattfindet.

** **Karlsruhe,** 18. Febr. Finanzminister Gußstätter und Abg. Fieser lieben sich nicht. Das hat man heute wieder merken können. Abg. Fieser brachte die Verzögerung des Baues der Bregthalbahn zur Sprache, die wahrscheinlich auch eine Verzögerung des Baues der Kaiserstuhlbahn zur Folge haben wird. Beide hat die Firma Bachstein übernommen. Der Abg. Fieser benutzte nun den Budget-Titel „Eisenbahnschuldentilgung", um zur allgemeinen Ueberraschung über besagte Bahnangelegenheit eine ziemlich lange Debatte zu veranlassen. Man mußte sich wundern, daß der Präsident es zuließ, da es dem Berathungsgegenstande sehr ferne lag. Ministerialdirektor Seubert gab beruhigende Aufklärung und theilte dabei mit, daß gerade gestern von der Firma Bachstein die offizielle Mittheilung gemacht worden sei, daß die Arbeiten nächstens beginnen und daß im Laufe des Jahres 1892 eine bestimmte Strecke der Bahn erstellt werden würde. Nachdem Fieser die Sache wie an den Haaren beigezogen hatte, konnten die Vertreter der mehr interessirten Bezirke — Grüninger und Löffler — nicht wohl schweigen. So ergriff denn der Abg. Löffler als Vertreter der an der Bahn am meisten interessirten Stadt Furtwangen das Wort, um das Fatale der Verzögerung des Baues darzulegen, auf die Pünktlichkeit hinzuweisen, mit welcher die Interessenten ihren Verpflichtungen nachgekommen waren, und endlich die Regierung zu bitten, die Unternehmergesellschaft zur Beschleunigung des Baues zu drängen. Zum zweiten Male sprach sich Ministerialdirektor Seubert eingehender über die Angelegenheit aus und wies auch darauf hin, daß es für die Bahn und die Interessenten an derselben fatal werden könnte, wenn die Unternehmer durch rücksichtsloses Drängen stutzig gemacht würden.

Der Abg. Fieser hatte bereits zum zweiten Male gesprochen. Abg. Gerber hatte ein mißverständliches Wort vom Nichtbezahlen der Eisenbahnschulden gesprochen, indem er ganz zutreffend darauf hinwies, wie wünschenswerth es für den Kleinkapitalisten wäre, wenn er unkündbare Staatspapiere sich erwerben könnte. In solchen Fällen regt sich bei Fieser jeweils der alte Staatsanwalt, der im Handumdrehen aus dem Gegner oder Vorredner einen „Angeklagten" macht um ihn mit aller Rücksichtslosigkeit einer sehr ungenirten Mundfertigkeit zu traktiren. Das mag es erklären, daß er den Abg. Gerber mit einer starken Dosis Spott bedachte, ohne übrigens denselben irgendwie in seiner unverwüstlichen Gemüthsruhe zu stören.

Nach der Geschäftsordnung kann ein und derselbe Redner über den gleichen Berathungsgegenstand nur zwei Mal sprechen. Will er ein drittes Mal das Wort ergreifen, so muß die Kammer es ausdrücklich genehmigen.

Da nun Ministerialdirektor Seubert in der erwähnten Weise auf die Ausführungen des Abg. Löffler erwidert hatte, fühlte sich Fieser abermals am Rednerpult des Staatsanwaltes, dieses Mal sichtlich von dem Gedanken erfüllt, dem Anwalt des Angeklagten seine Ueberlegenheit zu beweisen und eine gründliche Abfuhr zu Theil werden zu lassen.

Allein er hatte schon zwei Mal gesprochen! Nun ohne alle Mühe erhielt er es zum dritten Male, wobei das Verhalten des Präsidenten Lamey geradezu klassisch war. Vor Monatsfrist war der Abg. Wacker in der Debatte über die Waldkircher Ersatzwahl stark engagirt. Er hatte zwei Mal gesprochen und meldete sich zum dritten Male, weil er fast nothwendig auf verschiedenen Ausführungen, namentlich auf solche des Staatsrathes Eisenlohr erwidern sollte. Da erklärte aber Lamey kurz und bündig: da er schon zwei Mal gesprochen habe, könne er ihm nur noch zu einer persönlichen Bemerkung das Wort ertheilen.

Unlängst war der Abg. Dr. Rüdt in ähnlicher Lage; er meldete sich auch zum dritten Male zum Wort. Da lautete Lamey's Bemerkung schon ein Bischen anders: er könne ihm zum dritten Male das Wort nicht geben, außer wenn die Kammer es beschließe. Dr. Rüdt verzichtete, darum brauchte Lamey die Kammer nicht zu befragen.

Heute nun meldete sich Abg. Fieser zum dritten Male. Da begann Lamey gleich mit den Worten: er habe schon zwei Mal gesprochen, wenn die Kammer ihm gestatte ꝛc. In der Mitte der Centrumsfraktion waren Zeichen der Zustimmung bemerkbar, wie auch an einigen anderen Stellen des Hauses und das war, wie für Fieser, so auch für Lamey selbst so viel wie ein eigentlicher Kammerbeschluß. Fieser hatte das Wort zum dritten Male und behandelte nun den ziemlich jungen, ihm und seiner Partei sehr unsympathischen Ministerialdirektor von Oben herunter so zugestelle. Mehr als einem Regierungsvertreter gegenüber ist es ganz am Platze, einen minder rücksichtsvollen Ton anzuschlagen; zu diesen gehört aber Ministerialdirektor Seubert nicht. Um so mehr hatte er Grund, sich verletzt zu fühlen. Indessen wurde ihm durch seinen Chef, den Finanzminister Gußstätter, ausreichende Genugthuung zu Theil. Fieser hatte wie der souveräne Richter über Alles, was in der Kammer sich abspielt, der ersten Erklärung Seubert's huldvoll eine gute Note ertheilt und die Erwartung ausgesprochen, daß sie in der „Karlsr. Ztg." veröffentlicht werde. Die zweite aber hatte er sehr abfällig kritisirt und bezüglich der Publikation den entgegengesetzten Wunsch ausgesprochen. Minister Gußstätter nahm sich nun kräftigst seines Directors an, machte sich dessen Erklärung ganz zu eigen und ging in der gleichen Richtung sogar noch einen Schritt weiter. Hatte Fieser den Wunsch geäußert, Seubert's zweite Erklärung möge nicht in weiteren Kreisen bekannt werden, so sprach Gußstätter seine eigene Ueberzeugung dahin aus, der Abg. Fieser hätte der Sache und den Interessenten besser gedient, wenn er seine Rede nicht gehalten hätte.

Das war ziemlich grob. Und der Herr Minister konnte es gar nicht verbergen, daß er im Aerger sprach. Aus der Ruhe kam er nicht, auch den langsamen gemessenen Ton verlor er nicht, aber sein gerötheites Gesicht und die eigenartig blitzenden Augen verriethen ihn. Er war tüchtig geärgert. Und je flammender er zu seinem Gegner Fieser hinsah, desto mehr mußte ihm der Gedanke kommen: bin ich geärgert, so ist es auch Fieser nicht weniger. So war es in der That.

Wenn übrigens die Debatte Anstoß dazu gibt, daß die Firma Bachstein ein rascheres Tempo anschlägt mit dem Bau der Bregthalbahn, wie auch mit dem der Kaiserstuhlbahn, dann kann man zufrieden sein, obwohl sie nicht bei der richtigen Gelegenheit angeregt wurde und auch nicht in allen Theilen gelungen war.

** **Karlsruhe,** 19. Febr. Die heutige Kammerverhandlung begann mit Erledigung des Gesetzentwurfes über die provisorische Forterhebung der Steuern für den Monat März. Der Berichterstatter Abg. Friderich beantragte die Ausdehnung auf den Monat April und begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die Geschäftslage der Kammer. Nachdem Finanzminister Gußstätter Namens der Regierung sich damit einverstanden erklärt hatte, ergriff Abg. Wacker das Wort, um noch einen anderen Gesichtspunkt darzulegen, der in der Budgetkommission erörtert worden sei und allgemeine Zustimmung gefunden habe. Alle im Hause hätten als Abgeordnete, wie auch als Zugehörige einer bestimmten Partei ein lebhaftes Interesse daran, daß der Landtag nicht geschlossen werde, ehe die Kammer alle Arbeiten beendet habe. Darum werde seiner Zeit auch das Finanzgesetz nicht erledigt werden dürfen, ohne daß Sicherheit dafür geboten sei, daß die Regierung nicht nachher den Landtag schließe. Niemand in der Kammer widersprach. Finanzminister Gußstätter aber gab die — unter solchen Umständen für die Regierung bindende Erklärung ab, er könne den Abgeordneten Wacker beruhigen, **es sei kein Grund zur Annahme vorhanden, daß die Regierung schließen wolle, ehe die Kammer alle Arbeiten fertig gestellt habe.** „Um so besser", meinte Wacker. Damit ist die Regierung also „festgenagelt".

** **Karlsruhe,** 18. Febr. Das ehemalige Hauptorgan der Nationalliberalen will das Publikum glauben machen, das Centrum sei in Verlegenheit gewesen bei der sehr charakteristischen Debatte über das zu erbauende erbgroßherzogliche Schloß und der Abg. Wacker speciell habe während derselben einen Artikel gegen die „Bad. Landztg." „geschmiedet". Das Eine ist so unwahr wie das Andere. Abg. Wacker war einer der aufmerksamsten Zuhörer, als die socialdemokratischen Redner ihre nationalliberalen Eltern — auch die am Regierungstische — in sichtliche Verlegenheit brachten. Es entging ihm auch nicht, daß der Abg. Fieser und der „gute Katholik" Kriechle in Wort und Blick wie hilfesuchend sich an's Centrum wandten; er bemerkte sehr gut, den ungemein interessanten Blick Fieser's zur Regierungsbank hin während der Rede des Abg. Rüdt. Noch verschiedenes Andere hat er bemerkt, was dem einen oder anderen der übrigen Herren entgangen sein mag.

Zweifelsohne war das Schweigen des Centrums „beredt" — ungleich „beredter" als die schwachen Entgegnungen der Herren Nationalliberalen und des Finanzministers Gußstätter. Möge man nur diese in Wahrheit „beredte" Sprache verstehen und würdigen, wie auch das charakteristisch schwache Auftreten derer, die sich als „Monarchisten" breit machen wollten.

* **Karlsruhe,** 18. Febr. Herr Generalmajor und Brigadekommandeur Freiherr v. Schleinitz hier wurde unter Beförderung zum Generallieutenant zum Kommandeur der 29. Division in Freiburg ernannt. Damit verliert die Kunde von der Ernennung des Erbgroßherzogs gelegentlich des 40jährigen Regierungsjubiläums des Großherzogs zum Generallieutenant mit dem Sitz in Freiburg an Wahrscheinlichkeit.

* **Karlsruhe.** 18. Febr. Herr Dr. Rüdt versieht neben seinem Landtagsmandat auch die Pastoration der hiesigen freireligiösen Gemeinde, die er vor einigen Monaten selbst gegründet hat. Am letzten Sonntag war die erste sogenannte „Sonntagsversammlung" im Rainbach'schen Saale, wo sich eine große Zahl Gemeindemitglieder eingefunden haben soll. Mit Gesang und Musik wurde die Feier eingeleitet, dann begann Herr Rüdt seinen Vortrag, dem er die Worte der sozialdemokratischen Bibel „Die freies Denken, hie Geistesnacht" zu Grunde legte. Wie der ausfiel, kann sich Jedermann denken. Interessant ist nur, daß Rüdt diese freie Gemeinde mit den ersten Christen vergleicht, die, wie heute die Freidenker, ebenfalls mit Hohn und Spott und Verläumdung überhäuft worden seien. Nach Rüdt sprach Kalnbach als Gemeindevorsteher; hinweisend auf den Entwurf des preußischen Schulgesetzes, zeigte er, wie nothwendig es sei, der empfänglichen Jugend andere Begriffe über Moral und Religion beizubringen, als jene sind, welche die Wacker eines solchen Gesetzes für gut hielten. Herr Dr. Rüdt machte dann noch bekannt, daß die Unterrichtsstunden für die Kinder in 14 Tagen beginnen werden. Zum Schluß wurde noch gemeinschaftlich ein „passendes" Lied gesungen. Das war also eine Sonntagsfeier, wie sie der sozialdemokratische Zukunftsstaat bringen wird. Ob auch Bier dazu getrunken und Wurst gegessen wurde, ist aus den Berichten nicht zu ersehen, wahrscheinlich ist aber, daß der Gemeindevorsteher Kalnbach nichts dagegen einzuwenden hätte. Von Interesse wäre es auch, zu erfahren, wie das „passende" gemeinschaftlich gesungene Lied gelautet hat. Bedenklicher als dieser „gemeinschaftliche Frühschoppen" mit „Musik und Vorträgen" erscheint der Umstand, daß Dr. Rüdt auch den Kindern Unterrichtsstunden ertheilen will. Im Interesse der Kinder wäre es sehr zu bedauern, wenn dieselben einem Dr. Rüdt zum Unterricht in religiösen Dingen überlassen würden, falls die Eltern damit einverstanden sind.

+ **Karlsruhe,** 19. Febr. Wie draußen im Lande, so taucht auch unter den Abgeordneten selbst die Frage nach der Dauer der Kammertagung auf. Die große Eile, mit welcher die Budgetverhandlungen sich drängen, haben da und dort den Verdacht erweckt, die Regierung trage sich mit dem Gedanken, den Landtag zu schließen, sobald das Budget erledigt ist. Sie hat einen Gesetzentwurf vorgelegt behufs provisorischer Forterhebung der Steuern für den einen Monat März. Sollte sie wirklich vorgehabt haben, nach Erledigung des Budgets den Landtag zu schließen, so ist dem nunmehr ein Riegel vorgeschoben. Schon die Budgetkommission hat einen deutlichen Wink damit gegeben, daß sie die provisorische Forterhebung auf 2 Monate statt nur auf einen, also bis Mai beantragte. Außerdem hat sich der Abg. Fieser sehr energisch dafür engagirt, daß das Finanzgesetz nicht erledigt werden darf, so lange nicht unbedingte Sicherheit dafür geboten ist, daß Alles zur Behandlung und Erledigung kommt, was die Regierung der Kammer an Arbeitsstoff geboten hat wie auch das, was von den verschiedenen Parteien aus eigener Initiative der Kammer zur Berathung und Entscheidung unterbreitet worden ist.

Fieser hat auch damit wieder gezeigt, daß er ein gescheidter Kopf ist und sich ganz anders auskennt als Kiefer.

Karlsruhe, 18. Febr. Der Bachener Amtsverkündiger, genannt der „Obemwälder", schreibt in seiner Nr. 17: Reisenbach, den 4. Febr. „Die Landtagswahl im 52. Wahlkreise, sowie die Wahlmännerwahl in Friedrichsdorf wurde für ungültig erklärt, weil die ultramontane Partei mit 5000 M. Bauernfaustgeldern den Bürgermeister Münch zur Abgabe eines ultramontanen Wahlzettels bewog. In den diesbezüglichen Verhandlungen im Landtage fand Abgeordneter Herr Pfarrer Gerber die ganze Angelegenheit für nicht so bedenklich und sagte, „daß auch in Reisenbach einem Wahlmann 500 M. geboten sei." Die beiden hiesigen Wahlmänner erklären nun, daß ihnen von keiner Partei irgend welches Angebot gemacht wurde und bezeichnen daher die Aeußerung des Herrn Pfarrers Gerber als eine Unwahrheit." Dem gegenüber gibt ein Mitarbeiter des „Pfälz. Bote" folgende Thatsachen bekannt: Am Tage vor der Abgeordnetenwahl kam Fabrikant Sigmund und Karpfenwirth Müller von Eberbach in Begleitung des Müllers Galm aus dem Reisenbacher Grund nach Reisenbach. Hier hofften sie, da Bürgermeister Münch in Friedrichsdorf ihren Werbungen ein beständiges Nein entgegenhielt, ihren noch fehlenden Wahlmann unter jeder Bedingung zu gewinnen. Deßhalb nahmen sie den genannten Reisenbacher Müller Galm als Vermittler mit. In der Wirthschaft des dortigen Wahlmannes Galm boten sie Alles auf, um diesen zum Umfall zu bringen. Als alle ihre Versuche an der Festigkeit und Standhaftigkeit Galm's scheiterten, entfernten sie sich. Nach einiger Zeit kehrten sie wieder zurück und die Agitation begann noch heftiger. Ueberzeugt, daß auch hier, wie in Friedrichsdorf, nichts zu machen war, zogen sich die Eberbacher zurück und der Vermittler Müller Galm bot nun seine 500 Mark. Diesen Vorgang hat Wahlmann Galm und dessen anwesende Frau als Thatsache vor einer ganzen Reihe von Zeugen ausgesagt. Daß Galm dies Angebot ernst nahm, geht daraus hervor, daß er dem Schreiber Dieses vor der Wahl in Eberbach in allem Ernste sagte, daß er gestern ein gutes Geschäft machen und 500 Mark hätte verdienen können.

St. Ilgen, 16. Febr. Der socialdemokratische Führer Herr Häusler aus Mannheim, der in letzter Zeit eine rege politische Thätigkeit unter den Cigarrenarbeitern des hiesigen Rayons entwickelt und am vergangenen Samstag Abend eine zahlreich besuchte Versammlung in der Wirthschaft von Hermann in Leimen abhielt, kaufte Anfangs dieser Woche ein unmittelbar an der Station St. Ilgen gelegenes Gelände für 1300 Mark. Dasselbe wurde gestern dahier protokollirt und zwar für den Verein „Vorwärts", des südwestdeutschen Genossenschaftsvereins. Wie man nun in Erfahrung bringt, wird auf diesem Gelände eine Gebäulichkeit errichtet, in welchem von vorstehend genannter Gesellschaft „Cigarrenfabrikation" betrieben werden soll; es sollen hierzu keine einheimische, sondern vorzugsweise norddeutsche Arbeiter herangezogen werden, die gleichzeitig als Pioniere für die Bestrebungen der Socialdemokratie dienen sollen.

Aus dem bad. Unterlande, 15. Febr., wird der „Frankf. Ztg." geschrieben: Soeben kommt mir Ihr Montag-Morgenblatt zu Gesicht. Es wundert mich, daß Ihr sonst über Personen und Verhältnisse so gut unterrichteter Karlsruher Korrespondent dem, was im Mannheimer freisinnigen Verein von einigen durchaus nicht maßgebenden Persönlichkeiten geäußert wurde, irgend eine Bedeutung beimißt. Der eine der Herren, welcher für die große liberale Partei schwärmt, hat seiner eigenen Partei während der kurzen Zeit, daß dieselbe in Mannheim besteht, schon wiederholt schwere Verlegenheiten bereitet; er koquettirt schon gar lange mit den Nationalliberalen, wofür aber ganz andere, als politische Motive vorhanden sind. Er findet bei seinen Bestrebungen unter den führenden Mitgliedern des freisinnigen Vereins keine Unterstützung; auch eine Erneuerung des Kulturkampfes ist, so viel wir wissen, durchaus nicht nach dem Geschmacke derselben. In parteipolitischer Beziehung sind aber derartige, gelegentlich zu Tage tretende Beiläufigkeiten recht interessant. Wer sich der Vorgänge in Mannheim bei der Secession der heutigen Freisinnigen aus dem demokratischen Lager und der dabei treibenden Kräfte erinnert, und wem irgend welche Zweifel über die eigentlichen Beweggründe der letzteren geblieben sind, der wird inzwischen Gelegenheit gehabt haben, dieselben zu beheben. Den Führern der Freisinnigen in Karlsruhe wird es wohl nach und nach vor solchen Freunden auch bange werden, und es wäre sehr erwünscht, wenn von dort aus eine deutliche Erklärung erlassen würde, daß man jede Verantwortlichkeit für die Aeußerungen solcher politischer Franktireurs ablehnt, da doch sonst Verwirrung geschaffen werden könnte. Es gibt überall unsichere und schwankende Elemente, welchen jede mit einiger Dreistigkeit öffentlich vorgebrachte Tirade, sei sie auch noch so widersinnig, einigermaßen imponirt, und darum müssen solche Thaten auf ihren wahren Werth zurückgeführt werden.

Vom Unterlande, 17. Februar. Zur Zeit des hitzigen Kulturkampfes waren katholische Geistliche auch in den Eisenbahnwagen nicht sicher vor Verhöhnungen. Jetzt kommen zum Theil wieder andere Erscheinungen an's Tageslicht. So hatte ein Reisender der Centrumspartei vor einigen Tagen das Vergnügen, auf der Bahnstrecke hinter Mosbach zu hören, daß Mitreisende, als sie die Reden Wacker's aus dem „Beobachter" gelesen hatten, ein donnerndes Hoch auf diesen Abgeordneten ausbrachten. Schade, daß Fieser und Fieser nicht auf diesem Zuge waren; sie hätten Bemerkungen hören können, die für sie gerade nicht schmeichelhaft waren.

Badischer Landtag.

⊙ Karlsruhe, 18. Februar.

31. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. **Kopp**: Es sei wohl richtig, daß sich die Abgabe von Landstreu vermehrt habe, dies komme jedoch nicht den Gemeinden zu, die sich bisher schon dieser Vergünstigung erfreuten. Diese erhielten nicht mehr Streu. Es wurden mehr Versteigerungen abgehalten, zu der die Bauern von weither kämen und den Einwohnern die Streu wegsteigerten. Die Gemeinden wünschten nur die Vergrößerung der ihnen zugewiesenen Waldflächen.

Die Einnahmen aus eigenthümlichen Liegenschaften betragen pro Jahr 7,166,279 M. und werden genehmigt; ebenso aus Zehen und Berechtigungen mit 39,775 M., dergleichen vom Grundstock 506,220 M.

Zu den Einnahmen vom Heidelberger Schloß beantragt Abg. **Wilckens** eine Vergrößerung der Heidelberger Schloßrestauration, da sie den Anforderungen absolut nicht mehr genüge.

Abg. **Strübe** schließt sich dieser Bitte an.

Ministerialdirektor **Seubert**: Dem Finanzministerium sei von diesen Wünschen bis jetzt amtlich nichts bekannt geworden. Wie es aber außeramtlich erfahren habe, werden gegenwärtig Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde Heidelberg und der Domänenverwaltung gepflogen. Wenn der Plan sich in bescheidenen Grenzen halte, habe die Regierung nichts einzuwenden.

Die ordentlichen Einnahmen für beide Jahre mit 15,586,122 M. werden genehmigt, ebenso die außerordentlichen Einnahmen mit 17,384,192 M. für beide Jahre.

Abg. **Hug** schließt sich gegenüber der Summe von 3¾ Mill., welche als Dotation (Staatszuschuß) für die Eisenbahnschuldentilgungskasse gefordert werden, den Anschauungen des Berichterstatters Abg. Kriechle an und ist erfreut darüber, daß die Finanzverhältnisse unseres Staates ermöglichen, einen so bedeutenden Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung unserer Eisenbahnschulden zu leisten. Die Staatsdotation (der Staatszuschuß) sei erstmals im Jahre 1880 im Betrage von 1½ Mill. geleistet worden. Später und zwar im Jahre 1888 sei der Zuschuß um eine Million vermehrt, also auf 2½ Millionen festgesetzt worden. Jetzt werde der Staatszuschuß um eine weitere Million erhöht, also im Betrag von 3¾ Mill. angefordert. Werfe man einen Rückblick auf die Jahre 1880 bis mit 1890, so ergebe sich, daß im Ganzen eine Staatsdotation von über 22 Millionen geleistet worden sei. Gleichwohl habe sich der Schuldenstand nicht vermindert, sondern um etwa 5 Mill. vermehrt, indem die Eisenbahnschuld bei Beginn des Jahres 1880 324 Mill. betragen habe, während sie am Schluß des Jahres 1890 auf rund 329 Mill. gestiegen sei. Die Staatsdotation habe sonach nicht die Wirkung einer Schuldenminderung gehabt, sondern nur bewirkt, daß der Schuldenzuwachs verlangsamt werde. Frage man nach den Ursachen, welche dieses Resultat herbeiführten, so beruhen solche in den bedeutenden Ausgaben, welche durch Bauten z. B. Bahnhoferweiterungen, Legung zweiter Geleise ꝛc. an schon bestehenden Eisenbahnen und durch Herstellung neuer Eisenbahnen veranlaßt wurden. In letzterer Beziehung sei zu bemerken, daß 168 Kilom. neue Eisenbahnen in den Jahren 1880—1890 (darunter auch die strategischen Bahnen) erbaut worden seien. Wenn man nun frage, wie sich die Verhältnisse für die Zukunft gestalten, so müsse in Betracht gezogen werden, daß im Budget der Eisenbahnschuldentilgungskasse für 1892/93 etwa 4 Mill. Tilgungsquote für ältere Eisenbahnanlehen, aber auch 15 Mill. für Aufnahme neuer Anlehen vorgesehen seien. Wenn nun der Vollzug des Voranschlags genau den vorgesehenen Einnahme- und Ausgabe-Positionen entsprechen würde, so würde die Eisenbahnschuld nach Ablauf der gegenwärtigen Budgetperiode sich um 11 Mill. erhöhen; allein Redner glaubt, daß die Eisenbahnbetriebsergebnisse sich erheblich günstiger gestalten werden, als in dem Voranschlag unterstellt sei und wünscht, daß die Eisenbahnschuldentilgungskasse in die Lage komme, alle ihre Verpflichtungen erfüllen zu können, ohne neue Schulden aufnehmen zu müssen.

Abg. **Fieser** stimmt dem Abg. Hug bezüglich der Einstellung der Tilgungsposten bei. Redner kommt auf die Ausführung der schon vor 6 Jahren genehmigten Bregthalbahn zu sprechen, in der neuerdings Verzögerungen eingetreten, was in den betheiligten Gegenden große Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Er bitte deßhalb den Herrn Finanzminister um Auskunft, ob von Seiten der Regierung zur Beschleunigung etwas gethan werden könne.

Ministerialdirektor **Seubert**: Es sei von der betheiligten Gesellschaft dieser Tage die Zusage eingetroffen, daß die untere Bahnstrecke noch in diesem Jahr ausgebaut werde, der andere Theil werde im nächsten Jahr ausgebaut, wozu die Gesellschaft um Konzessionsverlängerung einkomme.

Abg. **Muser** hält die Erhöhung der Schuldendotation nicht für angezeigt, so lange dringlichere Ausgaben zu machen sind, wie z. B. die Gehaltsaufbesserung der Beamten. Da jedoch erst auf dem nächsten Landtag eine Vorlage zum Beamtengesetz eingebracht werden soll, werde er für diese Budgetperiode der Erhöhung zustimmen.

Abg. **Friderich** glaubt nicht, daß sich die Betriebseinnahmen besonders günstig gestalten werden, da sich in erster Reihe stets die Ausgaben vermehren und alle Welt auch noch von der Herabsetzung der Tarife spreche. Bis zum Jahre 1872 hätten wir 27 Millionen Betriebsüberschüsse gehabt, von da ab sei jedoch stets eine rasche Verminderung eingetreten. Die Ursachen wolle er heute nicht untersuchen. Er freut sich, daß die Kammer einstimmig die Dotation genehmige.

Abg. **Pfefferle** bringt die Ausführung der auf dem letzten Landtag genehmigten Kaiserstuhlbahn zur Sprache. Die Baupläne seien zwar fertig, aber die Konzession sei noch nicht abgeschlossen. In Folge dessen mache sich eine gewisse Beunruhigung bemerkbar. Er bitte zur Beruhigung eine bezügliche Erklärung von Seiten der Regierung.

Abg. **Löffler** schließt sich den Ausführungen des Abg. Fieser bezüglich der Bregthalbahn vollständig an. Die Ausführung dieser Bahn liege sehr im Interesse der Industriellen jener Gegend, namentlich von Furtwangen. Schon die Benützung der Straßen beweise den großen Verkehr. Die Gemeinden der umliegenden Gegend hätten von ihrem zugesagten Zuschuß bereits 35 pCt. eingezahlt. Dieses Geld liege nun nutzlos da. Eine energische Förderung der Angelegenheit sei dringend nöthig. Die Regierung solle dahin wirken, daß die Bahn dieses Jahr wenigstens bis zur Hälfte ausgeführt würde.

Ministerialdirektor **Seubert** wiederholt seine bereits geäußerten Ansichten über den Bahnbau. Weiter als bis Wolterdingen könne in diesem Jahre der Bau nicht ausgeführt werden; der andere Theil werde sicher das nächste Jahr fertig gestellt. Einen außergewöhnlichen Druck könne die Regierung auf die Gesellschaft nicht ausüben. Bezüglich der Kaiserstuhlbahn theile er mit, daß die Gesellschaft Pläne und Kostenberechnungen aufgestellt und einer Prüfung übergeben habe. Um die Konzession sei noch nicht eingekommen, sie werde aber gemäß ihrem Versprechen wohl doch darum einkommen.

Abg. **Gerber** wird gegen die Position „Eisenbahnschuldentilgungskasse" stimmen und damit die Hoffnung Friderich's auf einstimmige Genehmigung zerstören. Die Eisenbahn solle für die Schuldentilgung selbst aufkommen. Eine zu rasche Tilgung der Schulden sei überhaupt nicht erwünscht, da viele kleine Kapitalisten dadurch gezwungen würden ihr Geld in unsichere Hände

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zu geben. Die Zahl der Gläubiger habe gewiß nichts dagegen, wenn die Schulden langsamer getilgt würden. Uebrigens werde nur der dritte Theil der Summe zur Schuldentilgung verwendet, das andere gehe in Betriebskosten auf. Die badische Bahn werde am theuersten verwaltet, wäre sie an's Reich übergegangen, so würde sie sich besser rentiren. Er stimme dagegen.

Abg. Fieser wendet sich gegen die Ausführungen Gerber's. Bezüglich der Bregthalbahn möge die Regierung mit der Konzessionsverlängerung nicht so schnell vorgehen, sondern sich versichern, daß die Gesellschaft nunmehr ihre Pflichten auch erfülle.

Ministerialrath Seubert hofft, daß die Gesellschaft ihre Zusagen erfüllen wird, damit sollten wir uns beruhigen. Machtmittel könne die Regierung nicht gebrauchen.

Abg. Hug: Die Befürchtung des Abg. Gerber wegen einer zu raschen Schuldentilgung sei unbegründet, da er ja nachgewiesen habe, daß sich trotz der Schuldentilgung die Schulden noch vermehrten. Dem Abg. Friderich bemerkte er, daß er nicht auf besonders günstige Eisenbahnbetriebsergebnisse bestimmt hoffe, sondern sie wünsche.

Abg. Gerber wiederholt, daß es nach seiner Ueberzeugung für die kleinen Kapitalisten von Vortheil ist, wenn sie ihr Geld beim Staat sicher anlegen können.

Abg. Fieser ist von der zweiten Erklärung nicht befriedigt, er hätte sie lieber nicht gehört.

Finanzminister Ellstätter ist mit der Erklärung des Regierungsvertreters Seubert vollständig einverstanden.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Kriechle wird Titel 10 genehmigt und zwar die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse mit 3,750,000 Mark pro Jahr.

Titel 11, Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung und Gnadengaben werden die Einnahmen mit 5,230,964 und die Ausgaben mit 6,301,088 M. für beide Jahre genehmigt.

2. Punkt der Tagesordnung:

Abg. Hug als Berichterstatter gibt einen Ueberblick über den Gesammtertrag der Steuerverwaltung und erläutert, daß während nach dem Finanzgesetzentwurf die Einnahmen des ordentlichen Etats für 1892/93 109 Mill. betragen, sich die Erträgnisse der Steuerverwaltung auf 50 Mill., also jährlich auf 25 Mill. belaufen, somit nahezu die Hälfte der zu erwartenden Einnahmen des Budgets ausmachen. Bei Berechnung des Ertrags der Steuerverwaltung seien bei den direkten Steuern die ermäßigten Steuersätze nämlich:

2 M. per Hundert Mark Steueranschlag, bei der Einkommensteuer,

15 Pf. per Hundert Mark Steuerkapital bei der Grund-, Häuser- und Gewerbesteuer und

10 Pf. per Hundert Mark Steuerkapital bei der Kapitalrentensteuer zu Grunde gelegt worden.

Bei den indirekten Steuern seien die bisherigen Sätze beibehalten worden. Trotz der bedeutenden Ermäßigung des Steuerfußes bei den direkten Steuern, sei der Rückgang in dem Gesammtertrag der Steuerverwaltung ein verhältnißmäßig geringer, was für die nicht ungünstige Gestaltung unserer Wohnungsverhältnisse und die rationellen Grundlagen unseres Steuersystems Zeugniß ablege. Bei diesem Anlaß wolle Redner bemerken, daß von der Gr. Regierung dem Landtag eine hochinteressante Statistik über die Ergebnisse der Einkommensteuererhebung vom Jahr 1886 und 1891 mitgetheilt worden sei. Hiernach habe die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen betragen im Jahre 1886: 317,000 mit einem steuerbaren Einkommen von 414 Millionen und einem Steueranschlag von 180 Millionen; im Jahre 1891: 362,000 mit einem steuerbaren Einkommen von 493 Millionen und einem Steueranschlag von 221 Millionen. Nach dieser Statistik haben nur etwa 7 % aller Einkommensteuerpflichtigen des Landes ein Einkommen von über 3000 M. Wenn man die Ergebnisse der Steuereinschätzung vom Jahre 1886 bis 1891 im Einzelnen mit einander vergleiche, so finde man, daß in der untersten Stufe (bis zu 500 M.) eine wesentliche Verschiebung der Steuerpflichtigen nach der unmittelbar folgenden höheren Stufe (500—1000 M.) stattgefunden, daß aber auch die Zahl der Steuerpflichtigen in den höheren Einkommenstufen (über 30,000 M.) erheblich zugenommen habe, während die Zahl der Pflichtigen in den mittleren Einkommenstufen sich ziemlich gleich geblieben sei.

Abg. Rau spricht sich als langjähriges Mitglied des Freiburger Schatzungsrathes über das Wesen und die Organisation der direkten Steuern aus, wobei er verschiedene Mängel rügt und abändernde Vorschläge macht.

Abg. Birkenmeyer: Die Einkommensteuer solle in der hohen Einkommenklassen strenger angewendet werden. Gegen früher hätten wir jetzt mehr als eine Million weniger Einnahmen; durch einen höheren Prozentsatz in der hohen Einkommenklassen könne ein Ausgleich geschaffen werden. Diese fühlten den Druck der Steuer nicht so sehr, als der kleine Mann, auch wenn sie einen höheren Prozentsatz bezahlen. Das Dominiren des Großkapitals sei kein günstiges Zeichen für die Verhältnisse eines Landes. Er habe gestaunt über die große Zahl dieser Großkapitalisten in unserem kleinen Lande, die zum Theil über ungeheure Einkommen verfügten. Diese könne man doch nicht in der gleichen Weise beiziehen, wie einen armen Schuhmacher, der seine ganze körperliche Kraft einsetzen müsse, um sich durch's Leben zu schlagen. Schon im Jahre 1884, bei Schaffung des Gesetzes, sei der Versuch gemacht worden, eine andere Skala einzuführen, wonach die hohen Einkommen mehr herangezogen worden wären. Er wünsche, daß eine dahingehende Verbesserung des sich bis jetzt schon gut bewährten Einkommensteuergesetzes angestrebt werde. Er werde später einen diesbezüglichen Antrag einbringen.

Finanzminister Ellstätter gesteht zu, daß unsere Steuergesetzgebung noch mit manchen Mängeln behaftet sei. Eine Steuerreform erscheine aber so bedenklich, daß sie nicht zu jeder Zeit in's Werk gesetzt werden könne. Einstweilen müsse man die Frage, ob wir in unserer Steuerentwicklung einen Schritt weiter gehen könnten, auf sich beruhen lassen. Bezüglich der Ausführungen des Abg. Birkenmeyer bemerke er, daß das Einkommensteuergesetz eine degressive Skala enthalte, welche die geringen Einkommen leicht, die hohen Einkommen aber sehr hart belaste. Bedenklich erscheine ihm der vom Abgeordneten Birkenmeyer in Aussicht gestellte Antrag gelegentlich der von der Regierung eingebrachten Novelle, die Steuergesetzgebung betreffend. In diesem Falle würde möglicherweise letztere wieder zurückgezogen.

Abg. Friderich glaubt aus dem Wachsthum der Steuerkapitalien und der Zunahme der indirekten Steuern auf den „glänzenden Zustand" unserer wirthschaftlichen Verhältnisse schließen zu können und glaubt unter mannigfachem Kopfschütteln seiner sehr unaufmerksamen Zuhörer ein langweiliges „Kolleg" über die Entwicklung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse abhalten zu müssen.

Nach dem ersehnten Schluß dieser Rede fragt Abg. Wickens bei der Regierung an, ob die Abiturienten der Realschulen zum niederen Finanzdienst zugelassen werden können.

Ministerialdirektor Seubert erklärt, daß nachdem die Zulassung zu diesem Beruf beschränkt werden könne, auch die Abiturienten der Realschule zugelassen würden. Eine diesbezügliche Verordnung werde demnächst im „Gesetz- und Verordnungsblatt" erfolgen.

Abg. Birkenmeyer kommt auf die Erwiderungen des Herrn Finanzministers auf seine erste Rede zu sprechen. Wenn der Minister glaube, sein Antrag werde Kämpfe hier im Hause hervorrufen, so erwidere er, daß sich kein Abgeordneter davor fürchte, auch wenn der Kampf gegen den Minister gerichtet sei, denn zum Kämpfen seien die Abgeordneten da. Wenn ihn der Minister vor der Einbringung seines Antrages sogar warne, so erscheine ihm diese Warnung sehr interessant aber unverwerthbar. Interessant, weil damit der Minister in seiner Sorgfalt ihm gegenüber zu weit gehe und für unverwerthbar, weil der Minister wissen müsse, daß er einer solchen Warnung vom Regierungstisch nicht Folge leisten werde.

Abg. Rau kommt ebenfalls auf die Auslassungen des Finanzministers zurück.

Abg. Muser ist mit dem Wunsche auf eine schärfere Heranziehung der sehr hohen Einkommen einverstanden, und widerlegt statistisch die Behauptungen Friderich's vom „glänzenden Zustand" unserer wirthschaftlichen Verhältnisse.

Berichterstatter Hug erhält das Schlußwort und führt näher aus, daß die genaue Anpassung der Steuerlast an die Steuerfähigkeit das Ideal einer rationellen Steuerpolitik sei, aber in der Wirklichkeit nur annähernd erreicht werden könne. Der progressiven Einkommensteuer stehe er sympathisch gegenüber, er halte sie für gerecht und wenn sie zweckmäßig veranlagt werde, für eine ergibige Einnahmequelle. Nach der Statistik der Großh. Regierung beziehen etwa 2600 bis 3000 Steuerpflichtige ein Einkommen von jährlich 10,000 M. und darüber und im Ganzen ein solches von 70 Mill. Mark. Diese Steuerpflichtigen erachte er für steuerkräftig genug, um selbst eine Progressivsteuer im Durchschnitt bis zu 10 pCt. ertragen zu können. Allein soweit wolle Redner nicht gehen, weil die Gefahr entstünde, daß die Kapitalien in's Ausland verdrängt würden, dagegen glaube Redner sich für eine Progressivsteuer bis zum Maximalbetrag von 4 pCt. des Einkommens aussprechen zu sollen und werde diese Frage, wenn auch jetzt das Bedürfniß einer solchen Progressivsteuer nicht vorliege, vielleicht später praktisch werden. Auch macht er darauf aufmerksam, daß das preußische Einkommensteuergesetz in den oberen Einkommenstufen die Entrichtung einer Steuer bis zu 4 pCt. des Einkommens vorschreibe. Sodann tritt Redner einzelnen Vorschlägen des Abg. Rau entgegen, anerkennt dagegen andere Anträge desselben, insbesondere solche, die sich auf eine Verbesserung des Kapitalrentensteuergesetzes beziehen, als zutreffend und schließt mit dem Wunsch, daß die Ausgestaltung unseres Steuersystems die Erreichung des Ideals einer gesunden Steuerpolitik, nämlich die Vertheilung der Steuerlast nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit, immer näher führe. (Bravo!)

Schluß 1½ Uhr.

Ⓒ Karlsruhe, 19. Februar.

32. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Ellstätter und Regierungskommissäre.

Haus und Tribünen gut besucht.

Abg. Kiefer ist zum ersten Mal in der Kammer anwesend; vor Eintritt in die Tagesordnung wird er durch den Präsidenten vereidigt.

Der Sekretär verliest verschiedene Petitionen.

Erster Punkt der Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Steuererhebung im Monat März resp. provisorische Steuerermäßigung für diesen Monat.

Abg. Friderich erstattet als Vorsitzender der Budgetkommission über diesen Punkt Bericht. Durch die große Zahl von Nachtragsforderungen verzögerten sich die Arbeiten in der Budgetkommission in so erheblicher Weise, daß eine Beendigung der Budgetarbeiten vor Schluß des nächsten Monats kaum möglich erscheine. Die Kommission empfehle deßhalb die Forterhebung der Steuern auch noch für den Monat April zu bewilligen. Er beantrage deßhalb eine dahingehende Abänderung des vorliegenden Gesetzentwurfes.

Minister Ellstätter hat gegen die Verlängerung der provisorischen Steuererhebung nichts einzuwenden.

Abg. Wacker: Alle Parteien haben das gleiche Interesse daran, daß der Landtag alle dem Landtag obliegenden Arbeiten voll und ganz erledigt werden könnten. Die Kommission sei der Ansicht, daß vor Erledigung aller dieser Arbeiten, das Finanzgesetz nicht zu erledigen sei, damit nicht eventl. nach Genehmigung des Gesetzes, der Landtag geschlossen und die Abgeordneten in die Heimath entlassen würden, ohne daß alle Arbeiten erledigt seien.

Minister Ellstätter bemerkt, der Landtag könne sich darüber beruhigen.

In namentlicher Abstimmung wird die Gesetzesvorlage mit der vorgeschlagenen Aenderung einstimmig angenommen.

Abg. Hug bemerkt als Berichterstatter, daß, um Ungleichheiten im Vorrücken thunlichst vermeiden zu können, vom Großh. Finanzministerium eine Zuschrift vom 18. Januar d. J. eingegangen sei, worin beantragt werde, daß die für die Domänen-Steuer und Zolldirektion genehmigten Stellen nach F 4 innerhalb der genehmigten Gesammtzahl für gegenseitig übertragbar erklärt werden. Die Kommission empfehle diesen Vorschlag zur Annahme. Eine weitere von der Regierung eingegangene Zuschrift, beantrage für die Errichtung eines Untersteueramts in Weinheim die nöthigen Mittel einzustellen. Auf Grund der neulich hier im Hause über diesen Gegenstand gepflogenen Verhandlungen, beabsichtige die Regierung, mit der Main-Neckarbahn in Unterhandlungen einzutreten und hoffe, daß es ihr gelingen werde, das Untersteueramt in Weinheim bis zum 1. Juli errichten zu können. Die Kommission beantrage auch die Genehmigung dieser Nachforderung.

Tit. 6 Ziff. 1 Ausgaben der Centralverwaltung betragen durchschnittlich pro Jahr 182,677 M. und werden genehmigt.

Abg. Wittmer drückt seine Bedenken aus über die Gewährung von Wartegeldern im Betrage von 8000 M. an die Finanzgehilfen, da dies einen allzu großen Zudrang zu diesem Beruf zur Folge habe.

Ministerialdirektor Seubert zerstreut diese Bedenken. Die Verwaltung nehme nicht jeden sich Meldenden an, dadurch könne sie einem etwaigen Andrang gut entgegentreten. Die Verwendung liege ebensowohl im Interesse des Dienstes wie auch der betr. jungen Leute. Die Erfahrungen, die man damit mache, müßten allerdings erst abgewartet werden.

Abg. Muser ist mit der Erklärung des Regierungsvertreters einverstanden und begrüßt die Gewährung von Wartegeldern an die Beamten.

Abg. Gönner glaubt, daß die Absicht der großh. Regierung, durch diese Forderung bestehende Härten abzuschaffen, allgemein gebilligt werde.

Abg. Wittmer wendet sich gegen einige Bemerkungen des Abg. Muser.

Abg. Hug: Die Anschauungen des Abg. Wittmer stehen der Meinung der Kommission ziemlich nahe. Auch sie wolle, daß die Gewährung von Wartegeldern nicht ständig sein solle, sondern künftig wegfalle. Durch die beschränkte Aufnahme werde es in Zukunft keine stellenlosen Finanzgehilfen mehr geben, dann falle diese Forderung ja von selbst weg. Der jetzige Zustand rühre noch von der früheren unbeschränkten Aufnahme von Finanzgehilfen her. Die Erklärung der Regierung ließe jedoch darauf schließen, als ob eine dauernde Forderung damit geschaffen werden solle.

Nach einigen Bemerkungen der Abgg. Gönner und Hug werden genehmigt alle persönlichen Ausgaben und sachlichen Ausgaben im Betrage von 1,554,823 M. pro Jahr.

Ziffer 3, Katastrirung der direkten Steuern, Ausgaben mit 364,279 M. jährlich, werden genehmigt, ebenso der außerordentliche Etat mit 7,400,990 M. für beide Jahre.

Abg. Klein-Wertheim kommt bei Tit. 3, Einnahmen, auf die gleiche Einschätzung der Grundsteuer zu sprechen; sie übersteige, wie es sich bei Versteigerungen zeige, hie und da den wirklichen Werth oft um das Doppelte. Wenn eine Steuerreform auch ihre Bedenken habe, so sollten doch schreiende Mißstände, wie diese, entfernt werden. Er wolle eine Aenderung des Gesetzes zwar nicht beantragen, aber er hoffe, daß Fehler, die sich da und dort herausstellen, abgestellt werden können. Eine neue Einschätzung der landwirthschaftlichen Gelände wünsche er nicht, aber er bitte die Gr. Regierung um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfes, der Ungleichheiten abschaffe.

Minister Ellstätter. Die Katastrirung des landwirthschaftlichen Geländes gebe stets Anlaß zu Klagen, neue Gründe dafür habe der Abg. Klein jedoch nicht vorgebracht. Eine Beseitigung bestehender Mängel und Ungleichheiten verursache so viele Schwierigkeiten, wie eine vollständige Neureform. Eine erneute Einschätzung würde sicher höher ausfallen, als die bisherige. Auch wenn man nur wenige Grundstücke neu einschätzen wolle, so erfordere dies doch ein vollständig neues Kataster, da man doch nach gewissen Grundsätzen einschätzen müsse. Gehe man aber daran, so frage es sich, ob man überhaupt bei dieser Steuerart bleibe, ob nicht zur Vermögenssteuer überzugehen sei; kurz unser ganzes Steuerwesen würde vor eine Umwälzung gestellt.

Abg. Klein-Wertheim: Er komme stets mit diesen Klagen, weil von der großh. Regierung stets die Sache abgelehnt wurde. Neue Gründe brauche er nicht vorzubringen, die alten genügten. Bei der Einschätzung habe jeder Beamte gehandelt, wie er es eben verstanden habe, eine einheitliche Ordnung habe nicht bestanden, daher die jetzigen Ungleichheiten. Daß durch Beseitigung dieser Mißstände die ganze Steuerfrage aufgerollt werde, glaube er nicht. Schon im Interesse der Beruhigung des Volkes solle hier Wandel geschaffen werden. Die Ausführungen des Finanzministers hätten ihn von der Unmöglichkeit der Abänderung nicht überzeugt.

Minister Ellstätter: Was der Abg. Klein wolle, lasse sich nur auf dem Wege der Gesetzgebung erreichen. Das erste Gebot der Steuergesetzgebung sei Gerechtigkeit, dann müßten aber auch jene höher eingeschätzt werden, die jetzt zu nieder eingeschätzt seien. Ein neues Gesetz habe aber auch wieder seine Mängel, die Unzufriedenheit werde also dadurch nicht gestillt. Das Katastergesetz sei wohl einer Aenderung fähig, allein es frage sich, ob man bei dieser Steuerart bleiben wolle, oder nicht.

Abg. Frank glaubt, daß die Einschätzung des landwirthschaftlichen Geländes nicht zu hoch sei. Er stimme den Ausführungen des Finanzministers bei.

Abg. Hug: Auch ihm seien Fälle bekannt, wo der Steueranschlag zu hoch sei. Die Hauptfrage sei jedoch die, ob im Allgemeinen die Einschätzung zu hoch ist, dann könne man ja an eine Herabsetzung des Steuerfußes gehen. Wenn man aber an die sehr schwierige Aufgabe einer Neueinschätzung herangehen wolle, so müsse man die vollständige Katastervermessung des Landes abwarten.

(Die Sitzung dauert fort.)

Kleine badische Chronik.

✠ **Freiburg**, 18. Febr. Die Münsterbaulotterie ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, in bestem Gange. Der Vertrieb der Loose ist zur Zeit ein günstiger — es sollen bis jetzt bereits 100,000 Stück abgesetzt sein — wenn auch zu wünschen bleibt, daß derselbe noch reger werden möchte. Es sind jetzt auch bereits die zur Verloosung bestimmten Kunstwerke, welche in sehr großer Anzahl angeboten werden, eingetroffen und wird die Auswahl der anzukaufenden Gegenstände unter Beiziehung namhafter Autoritäten in den nächsten Tagen stattfinden. Sobald diese getroffen sein wird, soll eine Ausstellung der gewählten bezw. angekauften Gegenstände veranstaltet und dem Publikum gegen ein mäßiges Eintrittsgeld zugänglich gemacht werden. Diese Ausstellung wird Werke der Malerei und Plastik neben solchen der sog. Kleinkunst, Silber- und Goldschmiedearbeiten, Eisenkleinschmiedereien u. s. w. enthalten und nur Vorzügliches bieten. Wir wollen nicht unterlassen, jetzt schon auf diese Ausstellung aufmerksam zu machen, welche wohl geeignet sein dürfte, das Interesse an der Lotterie von Neuem und auf's Lebhafteste anzuregen.

Vermischte Nachrichten.

* Mülhausen, 19. Febr. Gestern Abend ist der Arbeiterzug mit zwei Maschinen zwischen hier und Jllzach entgleist. Drei Personen erlitten Quetschungen. Die Maschine stürzte über den Straßengraben in den Wald hinein.

** Schnee ist massenweise in ganz Deutschland, der Schweiz und jedenfalls in ganz Europa gefallen. In Paris macht starker Schneefall den Wagenverkehr fast unmöglich. Wie bei uns, so schneite es allenthalben vermehrt, daß es schon nicht mehr schön, sondern — russisch war. Aus vielen Städten, so aus Straßburg, Stuttgart, Nürnberg, Frankfurt, Mainz 2c. werden lokale Verkehrsstockungen gemeldet, die sich vielfach auch auf den Bahnverkehr erstrecken.

Lokales.

Karlsruhe, 19. Februar.

— **Das 5. Abonnements-Concert des Großh. Hoforchesters**, welches Montag Abend im großen Museumssaale stattfand, war gewissermaßen ein Solisten-Concert, denn es brachte außer unserem berühmten Gaste, Herrn Kammersänger Reichmann, welcher den vokalen Theil des Abends übernommen hatte, als weiteren Solisten Herrn Hofmusikus Bruno Ahner vom Hoforchester, als Violinspieler, so daß eigentlich diese Beiden den Centralpunkt des Ganzen bildeten. Eine Festouverture (C-dur) vom Komponisten Hrn. Cornelius Rübner selbst dirigirt, eröffnete das Programm. Die Komposition fand eine sehr getheilte Aufnahme, wir wollen die sofort ventilirten Fragen über den Werth derselben um keine weiteren vermehren, können uns jedoch der Ansicht nicht enthalten, daß die Absicht des Komponisten zuweilen so tiefliegend schien, daß sie selbst dem Musikverständigen unklar und in Bezug auf den einheitlichen Grundgedanken unverständlich blieb; die Aufführung selbst war eine sehr schwungvolle. Herr Reichmann entfaltete in der Arie des „Hans Heiling" und später in Schubert'schen und Schumann'schen Liedern die ganze Fülle und Schönheit seiner prächtigen Stimmmittel, zu welchen sich noch ein feinfühliges Verständniß des Vortrages gesellte; er wurde wiederholt stürmisch gerufen. Wieniawsky's Concert für Violine und Orchester in D-moll gab Herrn Ahner Gelegenheit, sich dem Publikum als virtuosen Violinisten vorzustellen, dessen, wenn auch nicht großer, aber edler Ton und gefällige und weit entwickelte Technik mit Wohlgefallen entgegengenommen wurden. Eine eigenartige, originelle in der Arbeit mit Geschmack und hohem Verständniß aus- und durchgeführte Komposition, eine Orchester-Suite aus der Musik zu Ibsens dramatischer Dichtung „Peer Gynt" bildete den Schluß. Ueber den eigentlichen Werth dieses Werkes (von Edward Grieg) ließe sich noch viel streiten, doch überlassen wir dies den Fachblättern, nach unserem Geschmacke war dasselbe nicht, wenngleich die gefällige Außenseite, wenn man so sagen kann, und die brillante Durchführung momentan bestrickend wirkten. Der zweite Satz (Ases Tod) und der dritte (Anitras Tanz) sprachen am meisten an. — Das Concert war stark besucht und der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt.

✠ **Gabelsberger-Stenographenverein.** In der Februarsitzung wurde zunächst eine Angelegenheit zur Sprache gebracht, mit der sich schon die Novembersitzung befaßt hatte. In letzterer wurde ein vom Roller'schen Stenographenverein angebotenes Wettschreiben abgelehnt, hauptsächlich deswegen, weil aus einem solchen Konkurrenzschreiben der größere oder geringere Werth eines stenographischen Systems sich nicht feststellen lasse, was übrigens Jedem bei einigem Nachdenken sofort klar werden könne; das sei aber der Zweck der Roller'schen Aufforderung gewesen, da von Gabelsberger'scher Seite als Beweis dafür, daß das Stenographiren nach dem Gabelsberger'schen System leichter und schneller sich erlernen lasse, als nach dem Roller'schen, der Umstand angeführt wurde, daß zu einem Roller'schen Wettschreiben in der Geschwindigkeit von 100 Silben in der Minute, die mittelst des Gabelsberger'schen Systems in einigen Monaten sich erreichen lasse, Personen zugelassen worden seien, die schon vor 1½ Jahren das System gelernt hatten und für diese Leistungen noch preiswürdig erachtet wurden. — Darauf beging der Verein die Feier des 102. Geburtstags Gabelsberger's, bei welcher der Vorsitzende die Verdienste Gabelsberger's um die Stenographie und die Gründe, warum heute noch Gabelsberger so großen Anhang und dessen Werk so warme Vertheidiger habe, hervorhob.

⁄ **Einheitliche Zeitberechnung.** Eine Bescheerung von äußerst zweifelhaftem Werthe wird für die hiesige Stadt, und wohl auch für das ganze Land, die in Folge Beschlusses der süddeutschen Eisenbahnverwaltungen erfolgende neue einheitliche Zeitberechnung sein, wonach an die Stelle der natürlichen Ortszeit die sog. Zonenzeit treten wird, welche unseres Wissens für Karlsruhe 25 Minuten vorgeht. Man hat sich ja anscheinend bis jetzt über diese Sache noch wenig Sorgen gemacht, weil man eben einfach über die Folgen dieser Aenderung noch wenig nachgedacht hat. Es ist aber doch wohl am Platze, hier darauf hinzuweisen, wie tief die neue Zeitberechnung in alle geschäftlichen Verhältnisse eingreifen wird. Allüberall in Fabriken, Werkstätten, Geschäften und Schulen beginnt doch die Tagesarbeit in der Regel mit der vollen Stunde (6, 7, 8 Uhr) und wenn man daran festhalten wollte, so müßte in Zukunft alles um nahezu eine halbe Stunde früher anfangen. Unbestreitbar aber wäre das für viele Arbeiter eine große Unbequemlichkeit, ja geradezu eine Härte und Schädigung in vielen Beziehungen. Anderseits aber müßte man es als unnatürlich, vielleicht kaum durchführbar bezeichnen, den Geschäftsanfang auf 6½, 7½, 8½ Uhr 2c. zu verlegen; dennoch wird dies vielleicht für das nächste Jahr (beginnend am 1. April) der einzig richtige Ausweg sein. Es ist aber in hohem Maße zu bezweifeln, daß sich die Einrichtung halten wird. Jedenfalls ist die Frage berechtigt, ob es für die große Mehrzahl des Publikums nicht besser wäre, wenn man bei der gewöhnlichen Ortszeit verbliebe und nur die Eisenbahnuhren nach der Zonenzeit gerichtet würden, wie das, wenn wir uns recht erinnern, jetzt schon in vielen Theilen Preußens (welche sich für die Ortszeit nicht nach der Berliner Uhr richten wollen) der Fall ist. Unzweifelhaft gäbe es im Anfang manche Verspätung für solche, die den Eisenbahnzug benützen wollen; aber es ist doch wahrscheinlich, daß man sich schneller daran gewöhnte, als wie an das System, welches nun durch Beschluß des hiesigen Stadtrathes herbeigeführt werden wird. Man mag die Sache überlegen, wie man will, so bleibt es unter allen Umständen eine Vergewaltigung, wie sie wohl sonst im öffentlichen Leben noch nie vorgekommen ist, wenn man bedenkt, daß im Verhältniß zu der immer geringen Zahl von Reisenden, die allenfalls unter dem jetzigen System beim Uebergang von einem Lande in das andere leiden könnten, die ungeheure Mehrheit des ortsansässigen, nicht reisenden Publikums gezwungen wird, entweder die Lebensgewohnheiten wesentlich zu ändern, oder sich mit der nun einmal unnatürlichen Halbstundenrechnung abzufinden. Hoffen wir, daß man nach einem Probejahr voll Enttäuschung und allseitigem Aerger wenigstens für die Ortszeit wieder zu den alten, allein natürlichen Einrichtungen zurückkehren werde.

— **Feuerwache.** Endlich soll hier, lt. „Straßb. Post", eine ständige Nachtfeuerwache in Verbindung mit der neuen Alarmeinrichtung in's Leben gerufen werden. Die Einrichtung hat sich allmälig bei der Ausdehnung der Stadt für die Feuersicherheit als unumgänglich nothwendig herausgestellt. Die Wache soll aus sechs Mann mit einem Obmann, sowie der nöthigen Bespannung bestehen und in der Mitte der Stadt ihren Standort haben. Für die Alarmirung wird die Stadt in 4 Haupt- und 12 Unterbezirke eingetheilt.

⊙ **Strafkammer.** Tagesordnung der Strafkammer II. Samstag, den 20. Februar, Vormittags halb 9 Uhr. 1. Karl Köser von Hambrücken, wegen Widerstands und Gefangenenbefreiung. 2. Wilhelm Stein von Stiegshausen und Julius Alexander Wellendorf von Neustadt wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung. 3. Adolf Wuttke von Lindau wegen Bettels und Landstreicherei. 4. Immanuel Bausch von Ettlingen wegen Beleidigung.

— **Unfug.** Vorgestern Nacht trieb „Jocus" trotz Schnee und Kälte wieder sein Unwesen in hiesiger Stadt. Studenten wollten Fensterläden „gefunden" haben und führten deren einige mit sich, während ein Paar Läden im Brunnen beim „Rothen Haus" steckten. Auch zog ein Trupp lustiger Kneipanten mit Kinderwägelchen und Schlitten in den Straßen umher. Gestern hat wohl ein „moralischer" die etwas allzu lebhafte Spannkraft wieder moderirt.

— **Prügelei.** Ein paar händelsüchtige Burschen, welchen ihr Freund, ein Maschinenschlosser, nicht genug zum Trinken bezahlt hatte, prügelten ihn derart, daß die Polizei einschreiten und die Keilanten mitnehmen mußte.

— **Ein Dienstmädchen** kam in einen Laden der Kaiserstraße und erschwindelte sich auf den Namen ihrer Herrin zwei Korsettes; es stellte sich heraus, daß sie gar nicht bei der genannten Familie war; man ist in vielen Geschäften immer noch nicht vorsichtig genug in solchen Dingen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. Febr. Mit dem Herzog von Cumberland werden seit einiger Zeit Unterhandlungen gepflogen, welche nicht nur den Welfenfonds, sondern auch die Regierungsübernahme von Braunschweig betreffen sollen. Unklar ist nur noch, ob diese Verhand-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

lungen wirklich in der Absicht geführt werden, dem Herzog von Cumberland den Weg auf Braunschweig zu öffnen oder nur von vornherein in der Voraussetzung, daß er die Bedingungen, die dazu nöthig sind, nicht erfüllen wird und daß dann durch das Scheitern des letzten Versuches ein Definitivum geschaffen wird.

Paris, 19. Febr. In der gestrigen Kammersitzung wurde das Ministerium gestürzt. Hubbard beantragte nämlich die Dringlichkeit für das Gesetz über die Genossenschaften. Die Kammer solle damit manifestiren, daß sie die republikanischen Institutionen zu vertheidigen gedenke gegen die Machenschaften des hohen Klerus. Nach längerer Debatte beantragten Trouillot und Lafferre: die Kammer, entschlossen, ihre republikanische Politik fortzusetzen und energisch die Rechte des Staates zu vertheidigen, votirt die Dringlichkeit. Die Regierung nahm diese Tagesordnung an, indem sie erklärte, daß sie dieselbe Politik ausdrücke, welche das Kabinet befolgt habe und befolgen würde. Wenn die Kammer diese Tagesordnung ablehnte, würde es Pflicht der Regierung sein, ihre Macht anderen Händen anzuvertrauen. Mit 304 gegen 212 Stimmen wurde darauf diese Tagesordnung abgelehnt. (Große Bewegung.) Die Minister verließen den Saal. Es verlautet mit aller Bestimmtheit, daß sie schon ihre Demission eingereicht hätten.

Handel und Verkehr.

Ettlingen, 15. Febr. Der heutige Viehmarkt war befahren mit: 43 Pferden, 6 Ochsen, 124 Kühen und Rindern, 11 Kälbern.

§ Ettenheim, 17. Febr. (Marktbericht.) Weizen per 2 Ctr. 20.50, 23.—, —.— Mk., Halbweizen 22.—, 21.50, —.— Mk., Roggen —.—, —.—, —.— Mk., Gerste 14.50, —.—, —.— Mk., Hafer 16.—, —.—, —.— Mk., Welschkorn 20 Liter 2.15, —.—, —.— Mk., Butter per Pfund 0.88 Mk., Eier 10 Stück 55 Pfg.

Villingen, 16. Febr. 50 Kilo alte Kernen —.—, neue 11.69, Weizen —.—, Hafer alter 0.—, neuer 7.44, Gerste 0.—, Vesen 0.—, Mischfrucht 7.57, 20 Liter neue Kartoffeln 1.20, 50 Kilo Wicken —.—, Esparsette —.— Mk., Bohnen 0.—, ½ Kilo Mehl 1. Sorte 24, 2. S. 23, 3. S. 22 Pfg., 50 Kilo Kleie 6.— Mk., ½ Kilo Weißbrod 17, Schwarzbrod 16, Rindfleisch 65—68, Kalbfleisch 70—, Hammelfleisch 70—, Schweinefleisch 64—66 Pfg., 50 Kilo Heu 2.20—0, Stroh 2.—, 1 Ster Buchenholz 9.50, Eichen 6.—, Weißholz (Tannen) 6.50 Mk., 10 Eier 65, ½ Kilo Butter 80—84 Pfg.

Frankfurt, 18. Febr. Der heutige Verkehr wurde durch empfindliche Geschäftsstille ungünstig beeinflußt. Es lagen keinerlei Momente vor, welche der Börse Anlaß zu einer ausgeprägten Stellungnahme gaben und auch die Bilanzveröffentlichung der Berliner Handelsgesellschaft wurde nicht weiter beachtet. Das gestern nachhaltig von Einfluß auf die Tendenzbildung gewesene Moment des Rückgangs der Serbenwerthe, war heute nicht weiter in Wirkung. Die betreffenden Papiere behaupteten sich auf dem ungefähren reduzirten Stande von gestern Abend. Es wurde von Berlin telegraphisch angekündigt, daß die Berliner Handelsgesellschaft heute den Blättern eine umfangreiche Erörterung über ihre Beziehungen und Stellungnahme zu den serbischen Verhältnissen veröffentlichen werde. Banken waren ruhig und leicht schwankend. Oesterreichische Bahnen schwach, besonders Staatsbahnaktien in starkem Rückschlag auf die rasche Abendhausse, Schweizerbahnen leicht matter. Montanpapiere wieder vernachlässigt, aber ziemlich fest. Ausländische Staatsfonds zum Theil leicht abgeschwächt. „F. Z."

Würzburg, 16. Febr. Der heutige Schafmarkt war in Folge des starken Schneefalles schwach betrieben und nur von wenigen Händlern besucht; die Ausfuhr war daher gering und der Umsatz unbedeutend. Es kostete je nach Qualität das Paar fette Hammel 50—54 Mk., Zeithammel 42—46 Mk., Jährlinge 38—40 Mk., Lämmer 35—38 Mk. Dienstag, den 23. Febr., Großviehmarkt; Dienstag, den 15. März, Schafmarkt; Dienstag, den 1. März, Zuchtbullenprämiirungsmarkt.

Badische Bank. Der Aufsichtsrath hat beschlossen, der am 5. April d. J. stattfindenden Generalversammlung der Bank die Vertheilung einer Dividende für das verflossene Geschäftsjahr von 6 Prozent = 18 Mk. für die Aktie vorzuschlagen.

Rheinische Hypothekenbank. Der Aufsichtsrath der Bank hat beschlossen, 10 Prozent des Aktienkapitals auf 1. April zur Einzahlung einzuberufen, welche sodann an den Erträgnissen der Bank theilnehmen.

Kölner Dombau-Lotterie. Bei der heute begonnenen Ziehung fiel der Hauptgewinn von 75,000 Mark auf Nummer 265,776. (Ohne Gewähr.)

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 16. Febr. Friedrich Schmderer von Bombau, Zuschneider hier, mit Hermine Weiß von Rheinweiler. — Matthäus Bächle von Schapbach, Bierbrauer hier, mit Friederike Reister von Ottenhausen. — 17. Febr. Emil Forschner von Kork, Korrespondent hier, mit Anna Schubert von hier. — Friedrich Born von Gübbelsin, Schreiber hier, mit Katharina Störner von Dallau. — 18. Febr. Friedrich Schneider von Eberbach, Oberförster in Sandhofen, mit Luise Wipfler von hier.

Geburten: 16. Febr. Max Karl, Vater Wendelin Eifert, Sergeant. — Ludwig Robert, Vater Ludwig Mar, Maler. — Franziska Anna, Vater Ludwig Gisenhardt, Maschinentechniker. — 17. Febr. Karl, Vater August Moser, Schutzmann. — Julius Arthur, Vater Karl Hörning, Schlosser. — Hedwig, Vater Christof Mächtel, Chirurg.

Todesfälle: 16. Febr. Ludwig Becker, Hauptlehrer a. D., ein Ehemann, alt 78 Jahre. — Jakob Kranich, Heizer, ein Ehemann, alt 54 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Freiburg: Xaver Rieder, Maurer, 72 J. — Konrad Disch, Privat, 65½ J.

Bekanntmachungen, Versteigerungen ꝛc.

Liegenschaftsversteigerung.

Aus dem Nachlasse der Ludw. Mutzler Wittwe Maria Anna geborene Mackert hier werden am **Samstag, 20. d. M.,** früh 9 Uhr, im Rathhause hier nachbeschriebene Liegenschaften auf Termine öffentlich zu Eigenthum versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird: Gemarkung Ettlingen. Lgb. Nr. 2607. 9 ar 86 qm Acker im Seitig, Anschlag 150 M. Lagerbuch Nr. 3874. 12 ar 46 qm Acker am krummen Graben, Anschlag 160 M. Lgb. Nr. 4844. 8 ar 54 qm Acker in der Offenhardt, Anschlag 120 M. Lgb. Nr. 6912. 8 ar 16 qm Acker am Kapellenweg. Ettlingen, den 11. Febr. 1892. Großh. Notar: Heß.

Töchter-Pensionat
der
Damen Grether
in
Bôle bei Neuchâtel
(Schweiz).

Die Damen Grether empfangen in ihrem Hause einige Töchter zur Erziehung und Erlernung der französischen Sprache.

Die Pension bietet den Zöglingen ein heiteres, angenehmes Familienleben, sie geniessen eine liebevolle Behandlung und sind beständig unter mütterlicher und sorgfältiger Aufsicht, sowohl in physischer als auch in moralischer Beziehung. Referenzen und Prospekte stehen auf Verlangen gerne zu Diensten.

Bôle mit seiner Umgebung ist ein reizendes Gelände, sehr günstig und schön gelegen, eine Stunde von Neuchâtel entfernt und hat eine prächtige Aussicht auf den Neuenburger-See und die ganze Kette der schweizerischen Alpen.

Theespitzen,
aus den besten Sorten abgesiebt,
per ¼ Pfund M. 0.45,
" ½ " " 0.90,
" 1 " " 1.80,
kräftig guter **Souchong,** per Packet M. 0.50,
hochfein **Souchong,** per Packet M. 0.60.
Carl Schaller,
Thee-Importeur,
Erbprinzenstraße 33.

Reisedecken, Handschuhe, Gamaschen
empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen
C. A. Zeumer,
127 Kaiserstraße 127.

Ettlingen.
Einfache und doppelbreite
Shirtings und Baumwolltuche
zu den billigsten Preisen
empfiehlt
K. Baureithel Ww.

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
KARLSRUHE.
40

Für die heilige Fastenzeit.

In der **Herder'schen** Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau sind erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Cochem, P. M. v., Leben und Leiden Jesu Christi und Mariä. Mit vielen Bildern. Neue Ausgabe. Vollständig in 20 Heften à 45 Pf. oder in einem Bande. 4°. (VIII u. 872 S.) M. 9; geb. in Halbfranz mit Rothschnitt M. 10; in Leinw. mit Lederrücken und Rothschnitt M. 10; in Schafleder M. 12.60; in Saffian M. 15.

Düsterwald, F. H., Der hl. Kreuzweg zu Jerusalem und die Kreuzwegandacht. Mit vielen Abbildungen der hl. Leidensstätten. Zweite Auflage. In einem Anhang zwei Kreuzwegandachten und Methodus pro erigendis stationibus Viae Crucis (lateinisch und deutsch). 12°. (IV u. 166 S.) 60 Pf.; geb. in Pappe mit broncirtem Umschlag 80 Pf.; in Halbleinw. mit Goldtitel und broncirtem Umschlag 90 Pf.

Hammerstein, L. v., S. J., Betrachtungen für alle Tage des Kirchenjahres, mit besonderer Rücksicht auf religiöse Genossenschaften. Mit einer Karte von Palästina zur Zeit Christi. Zwei Bände 8°. (XXXIV u. 1542 S.) M. 8.50; geb. in Halbfranz mit Rothschnitt M. 12. (Die zweite Auflage ist im Druck.)

Lehre vom Kreuze. Aus dem Französischen übersetzt. Sechste Auflage. Mit 12 Stahlstichen. 32°. (32 S. Text) 75 Pf.; geb. in Leinw. m. Rothschnitt M. 1; in Leinw. mit Goldschnitt M. 1.10; in Leder mit Monogramm auf der Decke und Rothschnitt M. 1.40.

Meschler, M., S. J., Das Leben unseres Herrn Jesu Christi, des Sohnes Gottes, in Betrachtungen. Zweite, vermehrte Auflage. Erster Band. Mit einer Karte von Palästina zur Zeit Jesu, aus R. von Riess' Bibel-Atlas. 8°. (XX u. 640 Seiten.) M. 4; geb. in Halbfranz mit Rothschnitt M. 5.60. — Die neue Auflage dieses Betrachtungsbuches ist durch Einfügung des ganzen Evangelientextes erweitert worden. — Der zweite (Schluß-) Band ist im Druck.

Müller, M., Praktische Betrachtungen über die Parabel vom **verlorenen Sohn.** Besonders zum Gebrauch in der Fastenzeit und bei geistlichen Uebungen. Aus dem Englischen übersetzt. Zweite Ausgabe. Mit einem Stahlstich. 8°. (IV u. 628 S.) M 3.

Schmöger, P. K. E., C.SS.R., Leben der gottseligen Anna Katharina Emmerich. Im Auszug bearbeitet von einem Priester derselben Congregation. Mit einem Stahlstich nach Eduard Steinle. 8°. (VIII u. 584 S.) M. 4; geb. in Halbfranz mit Rothschnitt M. 5.40.

Schott, A., O.S.B., Das Meßbuch der hl. Kirche (Missale Romanum) lateinisch und deutsch mit liturgischen Erklärungen. Für die Laien bearbeitet. Zweite, vermehrte Auflage. Mit einem Stahlstich. 16°. (XXIV u. 774 S.) M. 2.40. — (Die dritte Auflage erscheint Ende Febr.)

Steck, Fr. X., Der heilige Kreuzweg. Ein Gebetbuch zugleich mit Meß-, Beicht- u. Communiongebeten versehen. Zweite, umgearbeitete Auflage. Mit einem Stahlstich. 12°. (204 S.) 60 Pf.; geb. in Leinw. mit Marmorschnitt M. 1.20; in Leinw. mit Goldschnitt M. 1.60.

Stolz, A., Der heilige Kreuzweg. Dritte Aufl., mit Bildern. 16°. (72 S.) 15 Pf.; geb. in Leinw. m. Rothschn. 50 Pf.; in Schafleder mit Goldschn. 70 Pf.

Sämmtliche Werke sind oberhirtlich approbirt.

Braun, St., **Passio Domini nostri** Jesu Christi secundum Matthaeum. **Die Leidensgeschichte des Herrn nach dem Evangelium des hl. Matthäus** in lateinischer und deutscher Sprache für drei Soli und vierstimmigen Chor in Musik gesetzt. 4°. (IV u. 58 S.) M. 1.70.

Diebold, J., **Cantus sacri** ad I. Nocturnum Tridui Sacri. Op. 15. Partitur. 4°. (38 S.) M. 3. Inhalt: Op. 15a. **Neun Responsorien** für die hl. Charwoche für vierstimmigen gemischten Chor. (12 S.) — Op. 15b. **Drei Lamentationen** für die hl. Charwoche für vierstimmigen Männerchor (14 S.) — Op. 15c. **Drei Lamentationen** für die heilige Charwoche für vierstimmigen gemischten Chor. (14 S.) — **Die 12 Singstimmen zusammen** M. 2. Jede Einzelstimme 20 Pf.

Ferner empfehlen wir die **Gebet- und Betrachtungsbücher** von Arnaßa, Alet, Cochem, Colombière, Conlin, Cramer, Craffet, Emmerich, Essing, Ehinger, Fuchsleiner, Guéranger, Häften, Henneck, Hilf, Hoffelize, Leitner, Lennig, Mändl, Mohr, Müller, Pachtler, Palma, Pinart, Saint-Jure, Stadell, Steck, Wöhler und vielen Andern.

Freiburg im Breisgau. **Literarische Anstalt** und deren **Agentur** in **Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

Im Verlage von **Jos. Huggle, Buchdruckerei, Offenburg,** ist erschienen und vom Verleger zu beziehen:

„Die absonderliche Tugendhaftigkeit der Socialdemokratie",
zur Lehr' und Wehr' von **A. Hammer.**
Preis 5 Pfg.; 100 Exemplare 4 Mark. 2.3

→ Zum Carneval! ←
In den nächsten Tagen erscheint Lieferung 1 und 2 des II. Bandes von:

Der fidele Pfälzer,
Humoristische Vorträge, Theater etc.
in Pfälzer Mundart.
Preis à Lieferung **nur 50 Pfg.** 5.3
Gegen Einsendung von **60 Pfg.** pro Lieferung sende franko.
Aug. Gotthold's Verlag,
Kaiserslautern.
Äußerst humoristisch!
Ausführlicher Katalog unserer sonstigen humoristischen Literatur **gratis.**

Bremer Lebensversicherungsbank Bremen
errichtet 1867.
Versicherungsbestand . . . . Mk. 47 0?0 000.
Vermögen . . . . 6,500 000.
Lebens-, Militärdienst- und Aussteuer-Versicherungen vermitteln die Vertreter und die Generalagentur 10.5
J. Friedrichs, Kriegsstraße 36.

Der
Badische Verein für Geflügelzucht,
mit dem Sitze in Karlsruhe,
hält am **Sonntag, den 21. Februar d. J.,** Nachmittags 3 Uhr, im **Hotel Tannhäuser** (Jagdklublokal), Kaiserstraße 146, dahier, seine alljährliche, statutengemäße

General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über die Thätigkeit des Vereins.
2. Rechnungsablage des Kassierers.
3. Bericht über die Zuchtstationen.
4. Berathung des Voranschlages.
5. Anträge und Wünsche seitens der Mitglieder.
6. Neuwahl für die durch das Loos ausscheidenden Vorstandsmitglieder. 2.1

Wir bitten im Interesse der Sache und des Vereins um zahlreiche Betheiligung.

Karlsruhe, 20. Januar 1892.

Der Vorstand: B. Kirchenbauer. **Der Kassen- u. Schriftführer:** Th. Schütz.

Concert-Saal
Brauerei Schrempp, Waldstraße.
Karlsruher Colosseum,
jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,
Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.
= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =
Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich. 3

Gebr. Dees, Nachfl. **Eug. Klingele,**
Kaiserstr. 126, **KARLSRUHE,** Kaiserstr. 126,
empfiehlt seine beste und billigste 50.17
Reparaturen-Werkstätte für Uhren.

Nur einige Tage in Karlsruhe!
Großer Stuttgarter
Schuhwaaren-Ausverkauf,
Ecke der Kaiser- und Waldhornstraße,
empfiehlt eine große Auswahl **Damenstiefel** in Tuch, Kid-, Seehund- und Wichsleder, gut gearbeitet, für jede Witterung passend, schon von M. 4.50 an, größte Auswahl **Herrenstiefel,** prima Handarbeit, schon von M. 6.50 an, alle Arten **Kinderstiefel** für Knaben und Mädchen, nur bekannt gute Arbeit, billigst.
Noch großer Vorrath aller Arten **Winterschuhwaaren,** welche zu jedem nur annehmbaren Preise abgegeben werden.
Niemand sollte diese günstige Gelegenheit versäumen, billige und gute Schuhwaaren einzukaufen. 7.7
Achtungsvollst
Wilh. Wacker, Schuhfabrikant,
Stuttgart—Heidelberg.
Nur einige Tage im Laden Ecke der Kaiser- und Waldhornstraße.

Gänzlicher Ausverkauf
wegen Ladenwechsel sämmtlicher
Schuhwaaren
zum Fabrikpreise. 40.4
Bei Einkauf von Mk. 20.— gewähre noch 5% Rabatt.
Bestellungen nach Maass, sowie Reparaturen werden prompt und solide ausgeführt.
Carl Goldmann, Schuhmacher,
235 Kaiserstraße 235.
Vom 25. April ab befindet sich mein Geschäft in unveränderter Weise
227 Kaiserstrasse 227.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, den 21. Febr. 27. Abonnem.-Vorstellung. **Rienzi, der letzte der Tribunen.** Große tragische Oper in fünf Akten von R. Wagner. Anfang 6 Uhr.

Vormerkungen zu dem am Donnerstag, den 25. Febr., stattfindenden letzten Gastspiel des Kammersängers **Reichmann** aus Wien „Hans Sachs" in „Die Meistersinger von Nürnberg" werden von Freitag, den 19. Febr., Vormittags 8 Uhr, an vom Vormerkbureau angenommen. Das Vormerkbureau ist an Wochentagen von 8—12 Uhr Vormittags und 3—5 Uhr Nachmittags geöffnet; an Sonn- und Feiertagen ist dasselbe geschlossen.

Stadtgartentheater Karlsruhe.

Sonntag, den 21. Febr. 4. Vorstellung des Großh. Hoftheaters. **Doktor Klaus.** Lustspiel in 5 Akten von Ad. L'Arronge. Max v. Boden: Herr Banzer vom Hoftheater in Darmstadt als Gast. Anfang 4 Uhr.

Notirungen der Frankfurter Börse

vom 18. Februar 1892

	Staatspapiere.	
4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	106.80 70
3½ "	" "	99.70.
3 "	" "	84.85 90
4 "	Preuss. Konsols	106.50.
3½ "	" "	98.80 70
3 "	" "	84.85 90
4 "	Bayer. Abl.-Rente fl.	107.40 30
4 "	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	105.20 10
4 "	Badische Obligationen fl.	102.30
4 "	" " v. 1886	1?7.90
4 "	Oest. ?.-Sch. Goldanleih.	95.40 2?
4 "	" Goldrente fl.	96.60.
4⅕ "	" Silberr. "	81.20 ?0
4⅕ "	" Papier. "	81.40.
4 "	Ungar. Goldrente	92.80.
5 "	" Papierrente	88.90.
5 "	Russ. Gold-Anleihe R.	103.30.
4 "	Spar. amal. Rente	62 10.65
5 "	Italien. Rente	9?.90.
4 "	Serbien, Goldrente	76 90.
5 "	Serbien, St. E. Hyp. Obg.	76 —.
	Bank-Aktien.	
4½ %	Deutsche Reichsbank	146 70.
4 "	Badische Bank	118 10.
4 "	Darmstädter Bank	—
5 "	Oest. Kreditb. (Ultimo)	263?/?
4 "	Rhein. "	116 40.
4 "	Deutsche Bank	158 90.
4 "	Deutsche Union-Bank	88 10.
	Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	89 —.
4 "	Hessische Ludwigsb. "	113 50 40
4 "	Ludwigsh.-Bexbach fl.	223 —.
4½ "	Pfälzer Maxbahn	143 50.40
4 "	" Nordbahn	114 30
	Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
5 %	Albrecht ö. W. 200 fl.	77 7?%
5 "	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	250⅞ 4?
5 "	" Nordwestb. fl.	179 7?½
4 "	" Lit. B. Elbthal "	198¼ ⅝
5 "	Schweiz. Centralb. Fr.	137.80.10
4 "	Gotthardbahn "	138 90 80
	Prioritäten.	
5 %	Albrecht ö. W. 200 fl.	89.60.
5 "	" in Gold 400 M.	105.—.
5 "	Oesterr. Südbahn	106 —.
3 "	" " 1871	—
5 "	" Ung.-Staatsb. 1878	107 80
3 "	" Staatsb. I.—8. Em.	85.40
3 "	" " 9. Em.	82 20.
4 "	" " Ergänz.	82.80.
5 "	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107.50
	Verzinsliche Anlehens-Loose.	
3½ %	Preuss. 100 Thlr.	—.
3½ "	Köln-Mindener 100 Thlr.	135 70.
4 "	Bayerische 100 Thlr.	145.5?.
4 "	Badische 100 Thlr.	139 —.
4 "	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	129 60
3 "	Oldenburger 40 Thlr.	130.—.
4 "	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	12? —.
5 "	" v. 1860 ö. W. 500 fl.	124.80
	Unverzinsliche Anlehens-Loose.	
	Braunschweiger 20 Thlr.	105.80
	Augsburger 7 fl.	29 80.70
	Ansbacher 7 fl.	42 60.?
	Meininger 7 fl.	27.30
	Pappenheimer	—.
	Freiburger 15 Fr.	29.20.
	Mailänder 45 Fr.	—
	" 10 Fr.	—
	Wechsel. K. S.	
	Amsterdam 100 fl.	168 60.65
	Antwerpen 100 Fr.	80 97.85
	Schweiz 100 Fr.	80.75
	Wien 100 fl. ö. W.	172 30
	Paris 100 Fr.	81 80 9?
	London	20.42.
	Pfandbriefe.	
4 %	Rhein. Hypothekenbank	100.40.30
3½ "	" "	93.—
4 "	Bayer.	102.1.?0
4 "	Württemb.	102.1.?0
	Verfallene Coupons.	
	Oesterr. Papier	173.
	Amer. U. St.- u. B. B.	4.17

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Rüttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Volkswirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg